:antifaschistische nachrichten

Nr. 12

g 3336 17.6.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Pro NRW" will nach Dortmund

DORTMUND. Die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW" will ab Mitte Juni ein „Öffentlichkeitsoffensive" in Dortmund starten. Höhenpunkt dieser Aktion soll eine „Demonstration" gegen den Bau einer Moschee der DITIB im Dortmunder Stadtteil Hörde am 17. Juli werden. Diesen Tag wolle man mit Infoständen, Unterschriftensammlungen und „flächendeckenden Flugblattverteilaktionen" vorbereiten, heißt es bei „Pro NRW". NPD und DVU sind im Dortmunder Rat bereits vertreten. Für „Pro NRW" war Dortmund bislang ein „weißer Fleck" auf der Landkarte. Auf die Reaktion der örtlichen extremen Rechten auf die biedermännisch daherkommende Konkurrenz aus dem Rheinland darf man gespannt sein. *hma* ■

„Pro D"-Landesverband in Berlin

BERLIN. Nach ein paar Jahren der Vorbereitung hat die so genannte „Bürgerbewegung pro Deutschland" am 5. Juni einen Landesverband in Berlin gegründet. Unter der Leitung des langjährigen „Pro Köln"-Aktivisten und ehemaligen NRW-Landeschefs der „Jungen National-demokraten", Manfred Rouhs, wurde ein Programm für die Wahlen im Jahr 2011 verabschiedet und ein Landesvorstand gewählt. Hier finden sich altgediente Funktionäre des Bundesvorstands von „Pro Deutschland", wie Lars Seidensticker aus dem niedersächsischen Hambühren und Michael Kucherov aus Köln wieder. Letzterer sprach 2007 auf einem Festival der neofaschistischen „British National Party" (BNP). Am 17. Juli möchte „Pro Deutschland", das großspurig ankündigt, „im kommenden Jahr das Gesicht des politischen Berlin" verändern zu wollen, seinen Bundesparteitag in Berlin. Dieser soll im Rathaus Schöneberg stattfinden. Geht es nach „Pro Deutschland", soll im Bezirk Tempelhof-Schöneberg auch der erste Berliner Kreisverband gegründet werden. *hma* ■

Aus dem Inhalt:



Tausende BürgerInnen wehren sich gegen NPD-Parteitag

Das Wochenende 5./6.06. des NPD Bundesparteitages nutzten zahlreiche Bamberger BürgerInnen um sich gegen „braune Hornochsen" zu positionieren. Unterstützt wurden sie dabei von zahlreichen regionalen Bündnissen gegen Nazis, so auch vom Schweinfurter Bündnis „Schweinfurt ist bunt, nicht braun". Andererseits suchten etwa 400 Nazis die Konzerthalle heim, in der sonst die berühmten Bamberger Symphoniker spielen. Die Stadt hatte die Veranstaltung juristisch nicht verhindern können. Der NPD Vorsitzende Udo Voigt warb auf dem Parteitag für eine Fusion von NPD und DVU. Bereits am Freitagvormittag gab es eine Plakataktion von Studenten unter dem Motto „Alarmstufe: Braun – Bamberger Studenten sagen Stopp!" Nachmittags versammelten sich dann etwa 3500 Menschen, die um die Konzerthalle, den Tagungsort der Braunen, eine 1,5 km lange Menschenkette bildeten. Zuvor nahmen 300 von ihnen an einem Demonstrationszug der Partei die LINKE teil. Veranstalter der Menschenkette und aller weiterer Aktionen war das Bündnis „Bamberg bleibt bunt". Von Schweinfurt aus nahmen am Freitag Mitglieder der SALI und Wolfgang Ziller (DIE LINKE) mit seiner Lebensgefährtin an den Bamberger Protestaktionen teil. Bei einem multikulturellen Bürgerfest in Bambergs Innenstadt am Samstag lobte Oberbürgermeister Andreas Starke dies als „deutliches Signal" für die Demokratie. Die Bürger hätten klargemacht, dass die NPD in Bamberg und im ganzen Land unerwünscht sei. Bereits am Mittwoch hatte der SPD-Politiker ein bundesweites Verbot der „rassistischen, nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Partei" gefordert. Mehrere Vertreter der regionalen Bündnisse bekundeten ihre Solidarität mit den Bamberger Widerstand, unter ihnen DGB Regionsvorsitzender und Bündnisinitiator in Schweinfurt, Frank Firsching: „Überall wehren sich die Menschen gegen die menschenverachtende Nazi- Ideologie. Ob in Würzburg, Schweinfurt, Bamberg oder Gräfenberg. Wir haben aus der Geschichte gelernt und halten zusammen, für Demokratie und Toleranz." Anschließend verlas Firsching die beeindruckende Liste der 82 Schweinfurter Bündnispartner. Ihn unterstützten aus Schweinfurt Marietta Eder für die SPD und Sinan Öztürk für DIE LINKE. Mit Kreativität und Ideenreichtum beteiligten sich die Bamberger. An vielen Häusern hingen Transparente wie „Bamberg bleibt bunt" oder „Buntes Fleckvieh statt brauner Hornochsen". Zwischen internationalen Essens- und Informationsständen von kirchlichen Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Verbänden tummelten sich bei hohen Temperaturen Alt und Jung. Im Laufe des Nachmittags fand auch noch ein Interkulturelles Gebet statt. *jüw* ■

„Lebensschützer"-Marsch

BERLIN. Der „Bundesverband Lebensrecht"(BVL), Dachverband diverser „Lebensschützer"-Gruppen, will am 18. September erneut seinen „Marsch für das Leben" in Berlin durchführen. Mit dem „Marsch" wenden sich die Veranstalter gegen das ihrer Auffassung nach „schreiende Unrecht der Abtreibung" und ein angeblich „erneutes Aufkommen der Euthanasie". Beginnen soll der „friedliche Schweigemarsch" um 13 Uhr mit einer Kund-gebung am Neptunbrunnen (zwischen Marienkirche und Rotem Rathaus). Von dort aus soll es zur St.-Hedwigs-Kathedrale gehen, wo um 15 Uhr ein Ökumenischer Gottesdienst stattfinden soll.

hma ■

Mit „PI" solidarisch

BERGISCH-GLADBACH/KÖLN. Die „Pro NRW"-Landesfunktionärin Judith Wolter solidarisiert sich mit dem Internetportal „Politically Incorrect" (PI). PI sei eine „zutiefst demokratische, betont bürgerliche, pluralistisch und absolut seriöse islamkritische Plattform", so Wolter, die unlängst noch dem extrem rechten Monatsmagazin „ZUERST!" ein Interview gegeben hatte. Der SPD-Innenpolitiker Sebastian Edathy hatte PI eine pauschale Verunglimpfung des Islams vorgeworfen. Die Inhalte der PI-Webseite seien geeignet, „den inneren Frieden in unserem Land zu stören", so Edathy. Zudem forderte er die Bundesregierung auf, PI vom „Verfassungsschutz" beobachten zu lassen. *hma* ■

Schulterschluss auf Raten

KÖLN/BERLIN. Bei einem Ende Mai stattgefundenen ersten Treffen zwischen Vertretern von „Pro NRW" und den sog. „Republikanern" sei eine „weitgehende Übereinstimmung bei der politischen Lagebeurteilung" festgestellt worden, heißt es in einer Pressemitteilung des Bundesverbandes der „Republikaner". Die Bündelung der rechten Kräfte und Parteien sei „ein Gebot der Stunde". Neben der Fortsetzung der Gesprächsrunden, in denen es u.a. um die Wahlkämpfe der nächsten Jahre gehen soll, sind „konkrete gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen" geplant. *hma* ■

Neonazis greifen AZ an Antifa-Demo am 18.6.

AACHEN. Montagabend (31.5.) wurde erneut das Autonome Zentrum (AZ) in der Vereinsstraße von Neonazis angegriffen. Während eines Treffens wurde gegen 23 Uhr durch einen Briefschlitz im Eingangsbereich Pfefferspray und eine andere Substanz auf dahinter stehende Personen gesprüht. Darüber hinaus wurde eine Flasche mit unbekannter Flüssigkeit in das Treppenhaus geworfen. Die drei Angreifer, welche dem Neonazispektrum zuzuordnen sind, waren mit Tüchern und Ski-Brillen vermummt, außerdem führten sie Schlagwerkzeuge in Form eines Teleskopschlagstockes und einer Art Morgenstern mit sich. In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag (3.6.) kam es zu einem weiteren Angriff auf das AZ. Während sich mehrere Personen auf dem Vorplatz aufhielten, wurden aus einem Auto Stahlkugeln mit Hilfe einer Steinschleuder auf Kopfhöhe geschossen. Eine Todesfolge wurde von den Angreifern dabei bewusst in Kauf genommen.

Diese Angriffe reihen sich in eine Vielzahl neonazistischer Attacken ein. Immer wieder tauchten Schriftzüge der „Kameradschaft Aachener Land" (KAL) an den Außenwänden des AZ auf. Wiederholt wurde Besucher/innen in der Umgebung des AZ aufgelauert und es kam zu tätlichen Angriffen. Die Angriffe auf das AZ und sein Publikum resultierten aus einem verstärkten Auftreten von Neonazis in der Aachener Innenstadt. Regelmäßig finden Übergriffe auf Menschen statt, die nicht in das faschistische Weltbild passen. So stehen neben dem AZ, das Parteibüro der Linken wie auch Privatwohnungen von politischen Gegner/innen im Fokus rechter Gewalt. Diskotheken und Kneipen in der Innenstadt sind häufig Treffpunkte, von denen eine Vielzahl an Übergriffen ausgeht.

Die Angriffe auf das AZ sind ein weiterer Beweis für das provokant offensive Auftreten von Neonazis in Aachen. […] Das Autonome Zentrum, der AK Antifa Aachen und die Autonome Antifa Aachen A" rufen zu einer Demonstration gegen rechte Gewalt und neofaschistische Formierung, für eine antifaschistische Organisierung und für freie Kultur auf. Treffpunkt ist am 18. Juni um 20 Uhr auf dem Vorplatz des AZ. *VVN-BdA Aachen* ■

(redigierte, gekürzte Pressemitteilung der drei genannten Gruppen; übernommen von http://klarmann.blogsport.de)

Neonazi-Attacke in Wistedt

WISTEDT. Der niedersächsische Landkreis Harburg kommt nicht zur Ruhe. Seit Monaten hinterlassen organisierte Neonazis in der Region eine Spur der Gewalt. Übergriffe sind an der Tagesordnung. So auch am Wochenende 23./24.5., als rund 15 militante Neonazis eine Wohngemeinschaft in der Gemeinde Wistedt attackierten. Angesichts der derzeitigen Explosion an Gewaltakten wirkt das Verhalten staatlicher Stellen zunehmend befremdlich. Die nationalsozialistische Ideologie der TäterInnen werden von den zuständigen Behörden konsequent in Abrede gestellt, geplante Gewalttaten von Neonazis werden zu „Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Jugendgruppen" herunter gespielt, Opfer zu Täterinnen umgedeutet. Die jüngste Attacke am vergangenen Sonntag im niedersächsischen Wistedt offenbarte abermals den derzeitigen Grad der Eskalation. In den frühen Morgenstunden verschafften sich bewaffnete Neonazis gewaltsam Zugang zu einem Wohnhaus. Ihr Ziel: politische Gegnerinnen. Mit brachialer Gewalt schlugen die Angreifer auf Körper und Köpfe der Betroffenen ein. Die Bilanz des Überfalls: zwei Schwerverletzte, die im Krankenhaus notversorgt werden mussten. Zuvor hatten die Angreifer ihre Opfer mit Spaten traktiert.

Die Tat ereignete sich indes nicht ohne Vorankündigung. Das Gebäude war bereits in der Vergangenheit Ziel von Angriffen. Mehrfach wurden vor dem Anwesen neonazistische Hetzparolen und Drohungen gegrölt, Scheiben wurden zertrümmert. Und auch der jüngste Vorfall kam nicht überraschend. Bereits am Vorabend der Tat versammelte sich in Wistedt eine Gruppe Neonazis, schmierte Parolen und kündigte die geplante Attacke lauthals an. Auch am darauf folgenden Tag neigte man nicht zu verborgenem Vorgehen. Wenige Stunden vor dem Angriff versammelten sich die beteiligten Neonazis, weithin sichtbar, vor dem Jugendzentrum in Tostedt und zogen von dort aus ins benachbarte Wistedt.

Nur wenige Wochen zuvor ereignete sich eine ähnliche Tat im nahe gelegenen Hollenstedt, als vermummte Neonazis ins Innere einer Wohnung eindrangen. Die bewaffneten Angreifer agierten ebenso gewaltbereit wie kompromisslos, schlugen und traten gezielt auf die Köpfe der am Boden liegenden Personen ein und verletzten diese zum Teil schwer. Auch hier galt die Attacke politischen Gegnerinnen. Politische Motive, die sich in einem anschließend veröffentlichten Polizeibericht nicht wiederfinden. Dass die namentlich bekannten Angreifer den neonazistischen Gruppen „Nationaler Widerstand Tostedt" sowie „Gladiator Germania" zuzurechnen sind – ein eindeutiges Indiz für eine politische Motivation – wurde schlicht ausgeklammert. Die Pressestelle der Polizeidirektion Tostedt degradierte den Vorfall stattdessen zu einem persönlichem Streit, der seit „geraumer Zeit" existiere.

Die beiden Gruppierungen gehören zum militanten Netzwerk der „Nationalen Sozialisten Niedersachsen" (NASO-N), einem organisatorischen Dachverband niedersächsischer Neonazis, welches der Koordinierung politischer Aktivitäten dient – und scheinbar auch der Planung von Gewalttaten, wie die jüngsten Vorfälle vor Augen führen. Neben den, im Landkreis Harburg operierenden, Neonazigruppen gehören Kameradschaftsgruppen aus Schneverdingen, Celle, Hannover, Lüneburg, Uelzen, Hildesheim und Schaumburg zur Organisationsstruktur. ... *Quelle: http://antifa.sfa.over-blog.com - recherche-nord* ■

Am 4. und 5. Juni fand in Bamberg ein Bundesparteitag der NPD statt, in der Stadt, wo sie schon 2008 tagen konnte. Ein Versuch der Stadt, die Neonazis fern zu halten, scheiterte am Bayerischen Verwaltungsgericht.

Bundesparteitag der NPD

Fusion von NPD und DVU noch nicht entschieden

Nach dem Bundesparteitag der NPD in Berlin-Reinickendorf 2009, der von heftigen Personalquerelen gekennzeichnet war, waren diesmal ausdrücklich keine personellen Entscheidungen vorgesehen. Schon seit längerem war stattdessen ein „Programmparteitag" angedacht. Das Parteiprogramm der NPD stammte von 1996 und sollte angesichts der bedeutenden Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen modernisiert werden. Ein Entwurf dazu war den Gliederungen zugeleitet worden, zu dem etwa 180 Änderungsanträge eingereicht wurden.

Uwe Meenen, Leiter des Amtes Politik im Parteivorstand (zugleich Berliner Landesvorsitzender) machte jedoch bereits im Vorfeld deutlich, dass ein grundlegender Wandel nicht angestrebt wurde. Dieser Wandel „von einer strukturkonservativen zu einer sozialen Partei des Dritten Weges, von einer Altherrenpartei zu einer Partei der Jugend unter Udo Voigt" habe bereits vor längerer Zeit stattgefunden. Nun brauche man sich nicht neu erfinden. Die Grundwerte der Partei – „Festhalten am Volk als Abstammungsgemeinschaft, die raumgebundene Volkswirtschaft als Alternative zu Bolschewismus und Kasinokapitalismus, Abkehr von überstaatlichen Völkerkerkern wie NATO und EU" – blieben unverändert dieselben. Jetzt ginge es eher um die Diskussion über zu ergreifende Maßnahmen und um die Art eine staatlichen Gegenentwurfs zum abgelehnten System der Gegenwart.

Von der angekündigten programmatischen Erneuerung, zu der man auch seit Januar in einer „Strategiekonferenz" tagte, erhofft sich die NPD neue Wege in das national-konservative und rechtspopulistische Lager und damit zu neuen Wählerschichten. In diesem Sinne pries Udo Voigt das neue Programm unter dem Titel „Arbeit, Familie, Vaterland" als „Vision eines sozial-nationalen Volksstaates". Was davon praktisch zu halten ist, machten manche Diskussionsredner mit antizionistischen Kampfparolen und offen geäußerten NS-Vokabeln deutlich. Übrig bleiben Forderungen nach Abschaffung des Volksverhetzungsparagraphen, mit dem gerade erst wieder eine ganze Reihe NPD-Kader angeklagt wurden, nach Aussonderung der Migranten aus den deutschen Sozialsystemen oder nach Schaffung von apartheidmäßig getrennten Schulsystemen.

Dem in den letzten Wochen angesichts verstärkter Krisenerscheinungen der Finanzmärkte, der Euroschwäche, und dem Ruf nach drakonischen Sparmaßnahmen offenbar gewordenen Dilemma des Regierungshandelns begegnet die NPD nun mit einer vom Parteitag beschlossenen Kampagne für eine Rückkehr zur D-Mark. „Her mit der D-Mark!" steht auch schon im Internet einschließlich des Bildes der 1-DM-Münze.

Eine größere propagandistische Wirkung versprach sich die NPD offensichtlich von der nun laut verkündeten Absicht einer Vereinigung mit der DVU. Dazu wurde eingangs des Parteitages eine Pressekonferenz mit Matthias Faust und der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der DVU im Brandenburger Landtag, Liane Hesselbarth, abgehalten. Angesichts des Zustandes der DVU, die gerade noch auf 4.500 Mitglieder geschätzt wird, die massiv überaltert ist und zu erheblichen Teilen aus Karteileichen besteht (die NPD hat laut Verfassungsschutz derzeit noch 6800 Mitglieder), bezweifeln daher selbst in der NPD viele, ob von einer solchen Fusion eine spürbare Stärkung zu erwarten ist. Vorerst hat der Parteitag zugestimmt, dass ein Mitgliederentscheid dazu erfolgen soll.



Protest gegen den NPD-Parteitag in Bamberg

Einig war man sich aber in der Abkanzelung derer, die den „aufrechten Nationalen" den Rücken kehrten. Da war dann viel von „Verrat" die Rede so wie bei dem ehemaligen Waldorflehrer Andreas Molau, den Parteichef Vogt als „Verräter Molau" titulierte, nachdem er von der NPD über die DVU jetzt schließlich bei der „pro"-Bewegung gelandet ist. Im Vorjahr hatte er sich noch als möglicher Nachfolger für Voigt ins Spiel gebracht.

Matthias Faust wollte ihm nicht nachstehen. Faust, der als Gastredner das Begehren seiner Gruppierung auf Vereinigung den NPD-Delegierten nahe zu bringen versuchte, beschimpfte seine Kritiker in den eigenen Reihen als „die wahren Volksverräter an der deutschen Sache".

Mit Beschimpfungen überzog man die ganze Zeit auch die Medien. Bereits im Vorfeld hatte man einer Reihe von Zeitungen und Sendern mitgeteilt, dass man sie auf dem Parteitag als unfreundliche „Systempresse" nicht zulassen werde. Bei der Eröffnung begrüßte der bayrische Landesvorsitzende Ollert die Medienvertreter: „Hier sitzen die üblichen Verdächtigen der Systemhetzer", gedämpfter formulierte Voigt „Liebe Kameraden, liebe Gäste, liebe Systempresse". Ein Antrag aus Mecklenburg-Vorpommem, die Medien generell vom Parteitag auszuschließen, wurde kontrovers diskutiert, verfiel jedoch der Ablehnung.

Schließlich hob der Parteitag den mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilten Neonazi-Barden und „Ehrengast" Frank Rennicke auf den Schild als gemeinsamen Kandidaten von NPD und DVU für das Amt des Bundespräsidenten. Rennicke empfahl sich dafür mit weiteren rassistischen Tiraden. Einige Delegierte schlugen dafür den verurteilten Kriegsverbrecher Erich Priebke vor.

Ein breites Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus, bestehend unter anderen aus Vertreterinnen und Vertretern der Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Studentenschaft organisierte zahlreiche Gegenveranstaltungen während der zwei Tage des Parteitages. Bambergs OB Andreas Starke (SPD) zog eine positive Bilanz der Aktionen, die gezeigt hätten, dass der Widerstand gegen rechtsextreme Tendenzen alle angehe. So gab es u.a. die Studenten-Aktion „Rote Karte für Neonazis", eine Menschenkette mit 3.500 Teilnehmern, ein Konzert „Rock gegen Rechts" und eine Kundgebung. Während der Bildung der Menschenkette rings um die Kongresshalle läuteten zehn Minuten lang die Glocken aller Bamberger Kirchen. An einem Fest der Demokratie und einer multireligiösen Feier beteiligten sich Initiativen aus ganz Franken und aller großen Kirchen. Zugleich fand die Mitgliederversammlung der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg" statt, die Städte und Gemeinden aus Nordbayern im Vorjahr gegründet hatten. Damit will man sich vereint gegen Neonazi-Aufmärsche wehren. Die Allianz forderte erneut ein Verbot der NPD.

NEWSLETTER BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus DIE LINKE. Zusammenstellung: Dr. R. Bach, ag.rex@die-linke.de ■

Zwischen NPD und Nitzsche

Bundesparteitag der DSU in Theuma

In einem „absoluten Kuhdorf" finde der Bundesparteitag nunmehr statt, klagte ein Mitglied. In Dresden, wie ursprünglich angekündigt, habe es nicht geklappt, weil der inzwischen 71jährige ehemalige Stadtrat Peter Berauer - allein gelassen mit der Organisation – überfordert gewesen sei. Und so trafen sich die Delegierten aus sieben Bundesländern im Gasthof „Zum Anker" im vogtländischen Theuma, direkt vor den Toren Plauens. Ein „richtungweisender" Parteitag sollte es werden, so hofften die Mitglieder.

Etliche innerparteiliche Kritiker hatten gar gehofft, dass die Bundesvorstandssitzung am 20. März in Leipzig, die gemeinsam mit einer erweiterten Landesvorstandssitzung der sächsischen DSU durchgeführt wurde, den langjährigen Parteivorsitzenden Roberto Rink aus Treuen im Vogtland zum Rücktritt auffordern würde. Immerhin stünde doch mit dem Chemnitzer Rechtsanwalt Martin Kohlmann, immerhin „das einzige DSU Mitglied das sich in dem Stadtrat einer größeren Stadt gehalten hat" eine Alternative zur Verfügung, die sich wohltuend vom Niveau eines „politisierenden Kleingartenvereins" abhebe.

Nun, Rink ist noch immer Vorsitzender, ein Posten, den er seit 1993 einnimmt. Seitdem versucht er unverzagt, allen Rückschlägen zum Trotz, seine Partei aus der Bedeutungslosigkeit zurück auf den Erfolgspfad ihrer frühen Jahre zu bringen. Vergeblich. Bündnisverhandlungen zerschlugen sich immer wieder, die Ergebnisse der seltener werdenden Wahlantritte sind desaströs. Bevor einige NPD-Dissidenten, darunter der damalige sächsische Landtagsabgeordnete Klaus Baier (Annaberg-Buchholz) und dessen Adlatus Jürgen Krumpholz (Görlitz) zur DSU wechselten, nahm Rink gar wiederholt gern Einladungen der sächsischen NPD, so 2005 zum Neujahrsempfang ihrer Landtagsfraktion, an. Aus der gescheiterten Westausdehnung der Partei, deren glühender Verfechter er gewesen war, hatte er wohl die bittere Lehre gezogen, dass die DSU im Alleingang keine Erfolge erzielen können würde.

Rink ist geblieben, gewechselt haben seine Stellvertreter. Karl-Heinz Obser (Leipzig), bis 2009 einziger verbliebener DSU-Stadtrat in der Messestadt und in dieser Eigenschaft in der CDU-Fraktion untergeschlüpft, hat seinen Posten verloren. Erwartungsgemäß ausgeschieden ist auch der zweite Stellvertreter. Joachim Nothdurft (Dessau) hatte sich in der Vergangenheit wiederholt mit Roberto Rink angelegt und sich auf die Seite derer gestellt, die einen Kurs deutlich rechtsaußen fahren wollten. Der langjährige DSU-Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt soll gemeinsam mit seinem Sohn auch schon an einer NPD-Demonstration in Berlin teilgenommen haben. Neu auf diesem Posten sind der Erfurter Lehrer Wolfgang Mayer, der 1995 von der CDU zur DSU gewechselt war und in Thüringen stellvertretender DSU-Landesvorsitzender ist, sowie der Mannheimer Johannes Schwefel aus dem erst vor wenigen Wochen gegründeten Landesverband Baden-Württemberg. Aus diesem stammt auch ein zweites neu gewähltes Parteivorstandsmitglied. Alexander Schonath (Heilbronn), der 1996 für die REPublikaner in den Landtag gewählt worden war.

Schwefel ist ein Beispiel dafür, dass sich die DSU nicht entscheiden kann, ob sie eine konservativere Variante der CDU sein will oder aber sich in Distanzlosigkeit zur extremen Rechten bewegt. Der Wappenkunstmaler Schwefel bewegt sich seit mehr als 20 Jahren in der extremen Rechten. 1988 kandidierte er für die NPD zum Landtag von Baden-Württemberg, 1990 zum Bundestag. 1994 wurde er von der neonazistischen Gefangenenhilfsorganisation HNG als säumiger Beitragszahler geführt, bis Ende der neunziger Jahre war er Bezirksvorsitzender der NPD-Vorfeldorganisation Deutscher Arbeitnehmer-Verband. Zuletzt war er Landesvorsitzender Baden-Württemberg der marginaler Deutschen Partei, die hauptsächlich mit dem Kurs Rolf Schlierers unzufriedene ehemalige Funktionäre der REPublikaner zu sammeln versuchte. Nach einem neuerlichen Kurswechsel dieser Partei, der wieder zu einer deutlicheren Distanz zur NPD führen sollte, verließ er sie mit einer öffentlichen Erklärung. Nun ist er also in der DSU gelandet, einer Formation, die – wie nicht zuletzt der Parteitag vom 29. Mai zeigt – noch immer den politischen Spagat zwischen dem rechten Rand der Union und der NPD versucht.

Was tun, wenn der eigene Einfluss selbst auf der kommunalen Ebene immer weiter schwindet? Was tun, wenn es zum Ausgleich der eigenen Schwäche im Stammland Sachsen keine geeigneten potenten Bündnispartner mehr gibt?

Nun, man sucht sich für ein Grußwort wenigstens einen im eigenen Lager prominenten Redner. Einen wie Henry Nitzsche (Ossling), der immerhin für die CDU Bundestagsabgeordneter war. Zwar kann dessen Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland" selbst in seinem Heimatkreis Bautzen lediglich auf höchst überschaubare Erfolge verweisen, doch in der derzeitigen desolaten Situation des Lagers hat sogar sein Name eine gewisse Strahlkraft. Die Burschenschaftliche Gemeinschaft holte ihn am 27. Mai als Festredner zu einer Kneipe im Rahmen des Burschen- und Altherrentages in Eisenach, für den 10. Juni ist im noblen „Palais Zabeltitz" in Großenhain die Veranstaltung „Das Ende des Wucherstaates – Griechenland ist überall" geplant. Mitausrichter sind die Freiheitliche Partei Deutschlands des ehemaligen sächsischen DVU-Landesvorstandsmitglieds Dr. Johannes Hertrampf (Thiendorf) und die an Silvio Gesell orientierte Humanwirtschaftspartei. Für diese zeichnet der Großenhainer Stadtrat Carsten Heine als Einlader, der 2008 bei der NPD referierte.

Henry Nitzsche bot das Gewohnte und das Erwartete. Die Bundesrepublik befände sich in einem Zustand, der dem der DDR im Jahre 1989 vergleichbar sei. Damals sei „ein verkrustetes, korruptes und nur am eigenen Machterhalt interessiertes System hinweggefegt" worden. Auch heute lebten wir in einem System, das „abgehoben und volksfern gegen unser aller Willen Entscheidungen trifft". Alle Parteien beteiligten sich „an der Ausplünderung des deutschen Vermögens". Natürlich beschwor er die Notwendigkeit der Einheit. Sie sei unverzichtbar, wenn man die Freiheit erringen wolle, die „Freiheit von einem alles bestimmenden Europa. Wofür: Um endlich wieder deutsche Interessen wahren zu können."

Damit sprach er der überschaubaren Zahl der Getreuen der DSU aus der Seele. Zur erhofften Beachtung in der Öffentlichkeit führte die Rede nicht. Vom Bundesparteitag nahm lediglich die Lokalpresse Notiz. In Form einer Kurzmeldung. Mehr Beachtung wird die DSU, einstmals angetreten als „CSU des Ostens", wohl auch in Zukunft nicht wert sein.



Kerstin Köditz
Mitglied des Sächsischen Landtags
Sprecherin für Antifaschistische Politik
der Fraktion DIE LINKE. ■

Solidarität mit dem Hilfskonvoi und der israelischen Friedensbewegung

Friedensratschlag erschüttert und empört

Zum Angriff der israelischen Streitkräfte auf den internationalen Hilfskonvoi für Gaza, in dessen Folge zahlreiche Menschen getötet oder verletzt wurden, erklärte am Montag der Bundesausschuss Friedensratschlag: „Der israelische Privatsender '10' berichtete, dass bei dem israelischen Angriff 16 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Sicherheitskräfte hätten das Feuer eröffnet, nachdem einige Menschen an Bord sie 'mit Äxten und Messern' angegriffen hätten. Die israelische Besatzungsarmee verhängte eine Nachrichtensperre. Demnach darf aus Israel nicht über die Zahl der Toten und Verletzten berichtet werden. Die Organisatoren der Flottille erklärten, sie hätten keinen Kontakt mehr zu den Schiffen. (Inzwischen steht fest, dass neun Menschen ums Leben kamen. Die Red.)

Fest steht, dass die Schiffe sich in internationalen Gewässern befanden, als sie in der Nacht zum Montag von der israelischen Marine überfallen wurden. Unzweifelhaft sind mehrere zivile Opfer zu beklagen, zahlreiche Menschen wurden verletzt. An Bord der Schiffe befinden sich unter anderem die Friedensnobelpreisträgerin von 1976, Mairead Corrigan Maguire, europäische Parlamentarier, eine Holocaust-Überlebende und der weltberühmte Schriftsteller Henning Mankell. Von deutscher Seite sind u.a. der stellvertretende Vorsitzende der IPPNW, Matthias Jochheim, der bekannte Hamburger Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech, die linken Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Inge Höger sowie Nader el Sakka von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland dabei. (Montagmittag wurden Annette Groth und Inge Höger frei gelassen.)

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ist erschüttert und empört über das Ausmaß der israelischen Aggression. Das Aufbringen der Schiffe in internationalen Gewässern und der brutale Einsatz von Waffengewalt ist ein besonders schwerer Akt der Piraterie. Israel setzt sich damit über das Internationale Seerechtsabkommen hinweg. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie umgehend und massiv von der israelischen Regierung Aufklärung und die sofortige Freilassung der deutschen und der Staatsbürger anderer Staaten und deren Überstellung an die jeweiligen Botschaften verlangt.

Die seit vier Jahren praktizierte Abriegelung des Gaza-Streifens verstößt nicht nur gegen die Genfer Konventionen, sondern auch gegen alle Prinzipien der Humanität. Piraterie und Mord sind Verbrechen, die auch dann bestraft werden müssen, wenn sie von befreundeten Regierungen begangen werden. Daher fordern wir von der Staatengemeinschaft, insbesondere von der EU, die israelischen Verstöße gegen Völkerrecht und Menschenrechte nicht weiter tatenlos hinzunehmen, sondern über wirkungsvolle Sanktionen nachzudenken und sie ggf. auch zu verhängen.

Die ersten Reaktionen aus der Türkei und aus verschiedenen arabischen Ländern lassen erkennen, dass Israel mit seiner Militäraktion gegen zivile Hilfsschiffe jeden Funken Hoffnung auf eine Wiederaufnahme des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses erstickt hat. Die Gewalt wird neue Gewalt hervorrufen, Aktionen der verzweifelten Menschen im Gazastreifen werden sich kaum kontrollieren lassen. Die arabische Welt ist in Aufruhr. Der Nahe Osten steht vor einer neuerlichen Eskalation der Gewalt.

Die Friedensbewegung hier zu Lande ist aufgefordert, mit Veranstaltungen, Mahnwachen und anderen Aktionen gegen die israelische Politik zu protestieren und ein Ende des Embargos gegen Gaza sowie ein Ende der völkerrechtswidrigen Besetzung des Westjordanlands zu fordern. Der israelischen Friedensbewegung, die heute bereits zu Solidaritätskundgebungen mit den Aktivistinnen und Aktivisten des Hilfskonvois aufgerufen hat, gilt die Sympathie und Unterstützung aus Deutschland."

Peter Strutynski,
Sprecher des Bundesausschuss
„Friedensratschlag" ■

„Operation Himmelswinde"

Eine Spirale der Gewalt windet sich nach oben

Die internationale Hilfsorganisation FreeGaza wurde 2006 in Kalifornien gegründet. Ihr gehören christliche, jüdische und moslemische Organisationen und inzwischen auch anerkannte Persönlichkeiten wie Henning Mankell, Bischof Desmond Tutu, Wolfgang Thierse und Norman Paech an. Zur deutschen Sektion von FreeGaza gehören IPPNW Deutschland, die deutsche Sektion pax christi, die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, die Palästinensische Gemeinde Deutschlands und die Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft.



In vielen Städten der Bundesrepublik fanden in den letzten Tagen Demonstrationen statt, die ein Ende der Blockade von Gaza forderten, hier die Demonstration in Düsseldorf Foto: www.arbeiterfotografie.com

FreeGaza versteht sich als Solidaritätsflotte mit humanitärem und politischem Anspruch. Ihre Anhänger bekennen sich zur Gewaltlosigkeit. Ziel der internationalen Bewegung ist es, auf die völkerrechtswidrige Blockade von Gaza aufmerksam zu machen und sie zu durchbrechen.

Bereits im August 2008 schickte FreeGaza zwei Boote mit Hilfsgütern im Wert von 200 000 Euro von Griechenland über Züypern nach Gaza, und damit kamen zum ersten Mal nach 1967 Schiffe wieder direkt in Gaza an. Auch im Oktober desselben Jahres brachte ein weiteres Schiff medizinische Hilfsgüter direkt nach Gaza. Ein Jahr später, im Juli 2009, wurde ein Hilfsschiff von FreeGaza allerdings vor Gaza abgefangen und musste im israelischen Hafen Ashdod abladen.

Auch die an dieser Flottille teilnehmende türkische IHH – Foundation for Human Rights an Freedoms and Humani-

tarian Relief – hat sich dieser Bewegung angeschlossen. Sie gilt als internationale Organisation, die in einhundertzwanzig Ländern humanitäre Hilfe geliefert und Hilfsaktionen durchgeführt hat. In ihrer Selbstdarstellung bittet sie die Öffentlichkeit, zur Kenntnis zu nehmen, „dass unsere Aktionen mit keiner politischen oder offiziellen palästinensischen Gruppe in Zusammenhang stehen.“

Nach einer gemeinsamen Presseerklärung der teilnehmenden Organisationen von FreeGaza besteht die Flottille aus drei Frachtschiffen mit etwa 50.000 Tonnen Ladung und fünf Passagierschiffen mit insgesamt ca. 600 Personen, darunter Matthias Jochheim, stellvertretender Vorsitzender der IPPNW, Norman Paech vom Beirat des IPPNW und ehemaliges MdB der Linkspartei, die beiden MdB Inge Höger und Annette Groth, ebenfalls von der Linkspartei, und Knesset-Mitglied Hanin Soabi von der Balad Partei.

Das Frachtgut besteht nach Angabe der Organisatoren und aus Baumaterial, Fertighäusern, Rollstühlen, Krankenhausbette, Wasseraufbereitungsgeräten, Schulmaterial und Spielzeug. Aus Deutschland stammen vor allem Medikamente, Verbandstoffe und medizinische Geräte. Erklärtes Ziel ist nicht nur die Überwindung der Blockade und Lieferung der Hilfsgüter, sondern auch durch diese Aktion dem Schweigen in den Medien über die Blockade entgegenzuwirken.

Was tatsächlich in der Nacht vom 30.5. zum 31.5. 2010 und an den folgenden Tagen geschah, ist inzwischen wohl allerseits bekannt. Es gibt bewegende Berichte von Beteiligten, u.a. von Mario Damolin, der minuziös den Vorgang des Überfalls durch das israelische Militär – nach seiner Beobachtung wohl allesamt junge Leute zwischen 19 und 25 Jahr alt – schildert. Es ist zu hoffen, dass eine internationale Untersuchung die genauen Umstände der „Operation Himmelswinde“ aufklärt. Es gibt aber auch jetzt schon Tatsachen, die zu Protesten in aller Welt geführt haben:

- Neun türkische Bürger und Angehörige von Hilfsorganisationen wurden erschossen.
- Über vierzig zum Teil schwer Verwundete mussten in israelischen Krankenhäusern behandelt werden.
- Der Überfall auf die Schiffe fand in internationalen Gewässern statt und gilt deshalb als ein Akt von Piraterie.
- Die Aktion richtete sich eindeutig gegen Schiffe mit Hilfsgütern und einer internationalen Besetzung von Hilfsorganisationen.

Der Protest ist diesmal nicht zu überhören. Sogar ehemalige Reserveoffiziere der israelischen Armee sprechen in einem offenen Brief an Netanjahu von einem „militärischen und politischen Desaster“. Aber wie konnte es zu dieser Tat durch israelische Soldaten kommen, die sogar der sonst eher sehr vorsichtige Gysi als „verbrecherisch“ bezeichnet? Wie ist es möglich, dass die israelische Regierung die Spirale der Gewalt immer höher schraubt? Die Antwort auf diese Frage kann nicht an den einzelnen Windungen dieser Spirale vorbei schauen:

- Mit der Gründung des Staates Israel 1948 wurden 800.000 Palästinenser und Palästinenserinnen vertrieben und 531 Dörfer zerstört. Die meisten Flüchtlinge ließen sich damals im Gazastreifen nieder, der heute als das größte Flüchtlingslager der Welt gilt. Hier liegt einer der Gründe für die Radikalisierung eines Teils der Bevölkerung in Gaza.
- 1967 besetzte Israel das Westjordanland und den Gazastreifen, und schon seit dieser Zeit förderte der Staat Israel systematisch den Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten, der sich in der Folgezeit drastisch weiterentwickelte. Wer heute die Landkarte des Westjordanlandes betrachtet, kann sich nicht vorstellen, wie hier jemals ein palästinensischer Staat entstehen soll. Die „Oslo-Verträge“ führten dazu, dass das Westjordanland in 3 verschiedene Zonen (A, B, C) aufgeteilt wurde. Es entstanden – im besetzten Gebiet von Palästina – Straßen und Siedlungen, die von PalästinenserInnen nicht betreten werden dürfen. Wasser, Strom und „Sicherheit“ blieben – trotz einiger „autonomer“ Gebiete – grundsätzlich in israelischer Hand. Ca. 600 Checkpoints erschwerten das persönliche, politische und wirtschaftliche Leben der Palästinenser und Palästinenserinnen und machten es für viele unerträglich. Die Errichtung des 8 m hohen und 700 km langen so genannten „Sicherheitszaunes“, der den PalästinenserInnen noch einmal große Flächen ihres Landes enteignete, sperrte schließlich eine ganze Bevölkerungsgruppe ein.
- Und schließlich kam es zum Krieg Israels gegen Gaza 2008/2009, in dem nicht nur ca. 1400 Palästinenserinnen und Palästinenser umkamen – darunter 21,8 % Kinder – sondern auch die gesamte Infrastruktur Gazas bewusst zerstört wurde. Die totale Blockade des Gaza-Streifens hatte bereits ein Jahr vorher begonnen und wurde und wird bis jetzt strikt weitergeführt. Der Goldstone-Bericht, der akribisch alle Untaten und Verbrechen auf beiden Seiten auflistet, blieb unbeachtet und von Israel nicht akzeptiert auf dem UN-Tisch liegen.

Foto: www.arbeiterfotografie.com



Die Spirale der Gewalt bei den Palästinensern mit Intifada, Selbstmordattentaten und Raketen ist ein anderes Kapitel. Sie ist hier schon deshalb nicht Thema, weil die westliche Welt immer wieder deutlich und ablehnend darauf reagiert hat – in den politischen Statements, in den Medien und in der aktiven moralischen Unterstützung Israels.

Anders die Reaktionen vor allem der westlichen Welt und der Bundesrepublik auf die Gewalt durch Israel. Während sogar zahlreiche israelische Hilfs- und Friedensorganisationen ihre eigene Regierung immer wieder kritisierten, schwiegen viele westliche Regierungen und die USA, feierten Oslo als Anfang eines Friedensvertrages und akzeptierten immer wieder die Ausreden und Entschuldigungen Israels. Ist es verwunderlich, dass Israel beinhart am Kurs vermeintlicher „Sicherheit“ festhält?

Der Überfall der israelischen Streitkräfte auf FreeGaza könnte allerdings eine Wende bedeuten. Diesmal waren zahlreiche Länder über die VertreterInnen ihrer Hilfsorganisationen betroffen. Es sieht so aus, als ob sie nun nicht nur auf einer unabhängigen und internationalen Untersuchung bestehen und danach Konsequenzen fordern, sondern auch das Ende der Blockade Gazas durch Israel fordern. Das könnte der Anfang einer neu verstandenen, Freundschaft mit Israel sein – auf Augenhöhe.

Michael Kellner ■

Von braunen Schwestern, deutschen Müttern und alten Rollenbildern

Köln. Am 27. Mai hatten der Arbeitskreis Antifaschismus/ Antirassismus ver.di Köln und der Frauenrat der Kölner ver.di ins DGB- Haus geladen zu einer Informationsveranstaltung „Frauen und Rechtsextremismus". Als Referentin konnte man Rena Kenzo aus Hamburg gewinnen, die sich als Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Frauen und Rechtsextremismus" sowie Co-Autorin des Buchs „Braune Schwestern" sehr gut auf diesem bisher noch wenig erforschten Gebiet auskennt.

Zu Beginn erläuterte Rena Kenzo einige soziologische Erkenntnisse. Insgesamt scheinen auf den ersten Blick extrem rechte Ansichten eher bei Männern als bei Frauen vorhanden zu sein. So befürworten etwa Männer eher Gewalt, als das bei Frauen der Fall ist. Auch beträgt der Frauenanteil in der NPD gerade einmal



Unrast-Verlag
14,- Euro
ISBN 3-89771-809-X

gute 25 %, was im Vergleich zu anderen Parteien sehr wenig ist.

Doch auch bei Frauen gibt es rassistisches, nationalistisches oder antisemitisches Gedankengut. Dieses motiviert sie, in die rechte Szene einzusteigen. Auch durch rechte Cliquen finden viele von ihnen in die Szene. Dabei spielt ebenfalls das Erleben sexualisierter Gewalt eine wichtige Rolle, wobei dieses durch die rechten „Kameraden" oft erneut erlebt wird. Viel weiß man dazu jedoch nicht – das Thema „Sexuelle Gewalt in der Rechten" wird oft totgeschwiegen. Als „deutsche Mutter" erfahren viele Frauen in neofaschistischen Kreisen eine (vermeintliche) Aufwertung, die sie in der Gesellschaft vermutlich vermissen. Erfahrungen aus Interviews zeigen, dass auch die Geschichte der eigenen Familie einen nicht zu vernachlässigenden Faktor darstellt. Frauen, in deren Familien die eigene Geschichte vor 1945 nicht verarbeitet wurde, geraten eher in rechte Kreise. Man sieht also, dass die Motivationen und Gründe vielschichtig sind und monokausale Erklärungen zu kurz greifen würden.

Ein einheitliches Frauenbild lässt sich in der rechten Szene nicht festmachen, vielmehr verschiedene, auch konkurrierende: Zumindest vordergründig egalitäre und konservative Vorstellungen sind gleichermaßen zu finden. Breiter Konsens ist jedoch die Ablehnung von sämtlichen explizit feministischen Positionen und Ansätzen des Gender Mainstreaming. Gerade in neuen autonomen Gruppen wird von Frauen nicht mehr länger erwartet, als „Gebärmaschine" für das „Volk" zu fungieren, sondern vielmehr als Straßenkämpferin für den "nationalen Widerstand".

Werbeblatt der NPD-Frauen

Frauen sind auf unterschiedlichste Weise in der rechten Szene tätig: Als Mitläuferinnen, als Aktivistinnen in rechten Gruppen, als Mandatsträgerinnen, als Beraterinnen oder bei der Rechtshilfe, als Intellektuelle, als Straßenkämpferinnen, als Organisatorinnen für Rechtsrock-Konzerte, als Betreiberinnen von Läden und Versandhandeln und auch als Spenderinnen für rechte Organisationen.

Dabei lässt sich insgesamt ein Fokus auf bestimmte Themen feststellen: Pädophilie und hier die Forderung nach der Todesstrafe, Kinder- und Bildungspolitik, das Festhalten am deutschen Opfermythos und Gender/Feminismus. Letzteres wird, wie bereits gesagt, strikt abgelehnt. Die meisten rechten Frauen grenzen sich bewusst von den von ihnen so bezeichneten „Emanzen" ab.

Es gibt auch explizite Frauenorganisationen in der neofaschistischen Szene. Auffällig ist, dass es in keinem anderen Land so viele gibt wie in Deutschland. Paradoxerweise sind die allermeisten von Männern gegründet, ein Fakt, der Einiges über rechte Denkmuster verrät.

Vor allem nach 1990 wurden viele dieser Organisationen gegründet, von denen jedoch viele kurz nach ihrer Gründung wieder aufgelöst wurden und inzwischen unter einem anderen Namen aktiv sind. Einige sollte man besonders hervorheben, weil sie von größerer Bedeutung sind:

Die GDF (Gemeinschaft Deutscher Frauen) ist mit 50 bis 60 Mitgliedern eine der größten rechten Frauenorganisationen. Sie ist elitär aufgebaut. Der RNF (Ring Nationaler Frauen) ist die Frauengruppe der NPD und hat etwa 100 Mitglieder. Die AFF (Aktive Frauenfraktion) machte sich vor allem durch die Organisation von Rechtsrock-Konzerten einen Namen. Der „Mädelring Thüringen" ist eine der bekanntesten reinen Frauenkameradschaften. Der „Arbeitskreis Frauen Pro NRW" repräsentiert das Spektrum des Rechtspopulismus. Auch das völkische Neoheidentum findet sich in der Bandbreite wieder, etwa durch die „Freyfrauen Germaniens", aus deren Umfeld die NSBM-Band „Absurd" unterstützt wurde. Auch CDs rechter Liedermacherinnen gehören zum Repertoire der meisten einschlägigen Versandhäuser.

Es lässt sich also feststellen, dass rechte Frauenorganisationen in allen Spektren der Szene und in allen Subkulturen zu finden sind.

Zum Abschluss fasste Kenzo vier Thesen zusammen:

1. Frauen treten in der neofaschistischen Szene immer mehr in den Vordergrund. Das verschafft der Szene insgesamt einen Imagegewinn.

2. Anders als männliche Aktivisten bleiben sie dabei oft im Hintergrund und unerkannt (auch bei Outing-Aktionen), so dass es ihnen noch leichter ist, in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen.

3. Die Aktivität von ganzen Familienstrukturen in rechten Organisationen stabilisiert die Szene.

4. In der Gesellschaft herrscht immer noch das Rollenbild der „friedfertigen Frau" vor. Das zeigt sich bei entsprechenden Verhandlungen vor Gericht ebenso wie bei der historischen Betrachtung des Faschismus. Dadurch wird die Gefahr, die von weiblichen Aktivistinnen der rechten Szene, gerade auch der autonomen gewaltbereiten Szene, ausgeht, unterschätzt.

Interessanterweise, so erwähnte die Referentin in der Diskussion, gibt es so gut wie gar keine Aussteigerinnen aus der rechten Szene. Das dürfte ein interessanter Ansatz für weitere Untersuchungen sein, denn hier müsste man sich fragen, was es für Gründe sind, die Frauen davon abhalten, der Szene den Rücken zuzukehren oder warum möglicherweise bereits existierende AussteigerInnen-Programme für Frauen nicht als ansprechend wahrgenommen werden. *jk* ■

Mitglied von Jugendwiderstandsgruppe verstorben

Der letzte Überlebende der Jugendwiderstandsgruppe um Helmuth Hübener verstarb jetzt in USA: Karl-Heinz Schnibbe, geb. am 5. Januar 1924 in Hamburg – gestorben am 9. Mai 2010 in Salt Lake City / USA.

Karl-Heinz Schnibbe gehörte der vierköpfigen jugendlichen Widerstandsgruppe von Lehrlingen um Helmuth Hübener an, die in Hamburg 1941 und 1942 Aufklärungsarbeit gegen Krieg und Faschismus leistete, was den Nazis als „Vorbereitung zum Hochverrat“ galt. Mit der Weitergabe von Meldungen des britischen Rundfunks und mit Flugblattaktionen klärte sie die Bevölkerung in den Arbeitervierteln im Osten Hamburgs auf. Sie geriet in die Fänge der Gestapo, nachdem sie zum Jahresbeginn 1942, in einer Zeit, da der Krieg der Nazis noch „siegreich“ war, in einem Flugblatt erklärt hatte:

„Im Jahr einundvierzig wird alles gebrochen.
So hatte der Führer dereinst keck gesprochen.
Jetzt trägt der Soldat für den Irrtum die Leiden,
während Hitler verspricht: „Dies Jahr wird entscheiden!“
Es wird sich entscheiden, wenn alles sich ‚rührt'!
Und dann hat auch Hitler sich auskalkuliert.“

In einem Prozess vor dem Volksgerichtshof in Berlin wurde Helmuth Hübener als jüngster Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt. Karl Heinz Schnibbe wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt und kam auch nach der Befreiung am 8. Mai nicht frei, sondern geriet unschuldig in amerikanische und sowjetische Kriegsgefangenschaft, obwohl er nicht mehr am Krieg teilgenommen hat. Er wanderte nach USA aus, kehrte aber immer wieder nach Hamburg zurück, um in Veranstaltungen als Zeitzeuge gegen Krieg und Faschismus zu wirken. Auch in seiner neuen Heimat arbeitete er aufklärend unter der Jugend. Er wirkte dort an Jugendtheaterstücken, Filmen und Büchern mit.

Noch im Januar war er zur Eröffnung der Ausstellung über den Hamburger Widerstand ins Rathaus in Hamburg eingeladen worden, konnte aber nicht mehr reisen. Er schrieb seinen Freundinnen und Freunden u.a.: „Ich bin trotz allem Schmerz und trotz allen Leiden über die vielen Jahre hinweg immer noch sehr, sehr stolz darauf und unendlich dankbar dafür, dass wir dumme Bengels damals irgendwie den Mut fanden, gegen dies denkbar bösartigste Regime der Weltgeschichte mit unserer Flugblattaktion gewaltlos vorzugehen. Und dass wir überhaupt hinter die ganzen Lügen von damals dank der Hellsicht unseres Freundes Helmuth Hübener haben schauen können!



Die Freunde Rudolf Wobbe, Helmuth Hübener, Karl-Heinz Schnibbe (von links nach rechts)

Auch wenn ich gewusst hätte, was dadurch auf mich zukommen würde, kann ich jetzt bezeugen, dass ich es gern wieder täte, wenn ich die Gelegenheit hätte, denn eine friedvolle und faire Gesellschaft basiert ja auf der Bereitschaft jedes Mitglieds dieser Gesellschaft, für das Gute ein Opfer zu bringen, nicht immer auf seinen eigenen kurzfristigen Vorteil zu achten. Ich rufe also sozusagen über den Ozean und über die Jahrgänge meinen Freunden, besonders meinen jungen, energischen Freunden in Hamburg und sonst wo zu: Seid auf der Hut und seid für die gute Sache tätig, aber immer gewaltlos, immer menschlich und mit viel Liebe, nie den Teufel mit Beelzebub austreiben wollen!“

Noch am Vorabend des Tages, da Karl-Heinz Schnibbe uns verließ, haben wir an ihn gedacht und in zwei Veranstaltungen in Hamburg die Botschaft der jungen Menschen aus Hammerbrook verbreitet, die sich auf keine Gnade der späten Geburt beriefen, sondern mutig ihren Weg gingen. Wir haben mit Dankbarkeit festgestellt, dass erst vor einigen Monaten die Verwaltungsschule in Hamburg, die einst von Helmuth Hübener besucht wurde, eine ständige Ausstellung geschaffen hat, mit der Helmuth Hübener, Karl Heinz Schnibbe, Rudolf Wobbe und Gerhard Düwer ein Denkmal geschaffen wurde. Karl Heinz und seine Freunde bleiben in unserem Gedächtnis und wir wollen weiter über ihr Vorbild berichten, so mit der VVN-BdA-Edition „Bibliothek des Widerstandes“ (hier erschien „Jugendwiderstand im Krieg/Die Hübener-Gruppe“) und mit dem Besuch an den Stätten des Widerstandes (wie in der Verwaltungsschule Normannenweg 26 in Hamburg).

Cornelia Kerth, Prof. Dr. Heinrich Fink (Vorsitzende der VVN-BdA) ■

Für eine Informations- und Bildungsstätte KZ „Katzbach“Adlerwerke

FRANKFURT. Die LINKE im Römer beantragt in der kommenden Stadtverordnetenversammlung: Die Stadt richtet auf dem Gelände des KZ „Katzbach“/Adlerwerke eine Informations- und Bildungsstätte zur NS-Zeit ein.

In Frankfurt kann das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nicht würdig gestaltet werden, ohne eine Informations- und Bildungsstätte auf dem Gelände der ehemaligen Adlerwerke einzurichten.

Hunderte Menschen wurden während der Nazi-Herrschaft im KZ „Katzbach“ in den Adlerwerken umgebracht. Das Gedenken an die „Vernichtung durch Arbeit“ im KZ „Katzbach“ mit Informationsveranstaltungen und Gedenktafeln wird deshalb den Erfordernissen nicht gerecht. Viele FrankfurterInnen, DGB-Gewerkschaften, Initiativen und Überlebende des KZ fordern seit mehr als einem Jahrzehnt die Errichtung einer Informations- und Bildungsstätte.

In seinem Bericht B 442/2006 betont der Magistrat, dass für solch eine Bildungsstätte „zu präsentierende Objekte und Dokumente kaum vorhanden sein dürften“, doch dies ist falsch.

DIE LINKE. im Römer ■

Proteste gegen den „Tag der deutschen Zukunft“

HILDESHEIM. Unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft. Unser Signal gegen Überfremdung“ ruft seit vergangenem Jahr eine „Initiative gegen Überfremdung“ zu Demonstrationen auf. Mit diesem Slogan versuchen Neonazis an rassistische Vorurteile, die in Teilen der Gesellschaft bestehen, anzuknüpfen. Jedes Jahr – so die OrganisatorInnen – soll Anfang Juni unter diesem Motto in einer anderen Stadt Norddeutschlands demonstriert werden.

Für den 5. Juni 2010 wurde zu der Demonstration in Hildesheim aufgerufen. Anmelder war Dieter Riefling, Ex-Blood & Honour-Aktivist, sowie einschlägig be-

Eine absolute Premiere unter der fünften Republik:
Erstmals amtierender Minister wegen Rassismus verurteilt

Frankreichs Innenminister Brice Hortefeux hat nicht nur Freunde im Land. Aber er hat wohlmeinende Feinde. Beispielsweise die Vereinigung Les Indivisibles (Die Unteilbaren) der Fernsehjournalistin Rokhaya Diallo, die seit Januar 2007 einen Preis unter dem Namen Y'a bon Award – ungefähr „Viel Gutt-Preis" – stiftet, um auf ironische Weise rassistische Äußerungen von Prominenten zu prämieren. Brice Hortefeux ist ein guter Kunde der Vereinigung, er erhielt den Preis bereits zwei Mal, beim letzten Mal zusammen mit dem Fernsehjournalisten Eric Zemmour.

Nun ist Hortefeux am vergangenen Freitag wegen Äußerungen, die vom Gericht als „rassistische Beleidigung" eingestuft wurden, von einem Pariser Gericht verurteilt worden. Gemäß dem erstinstanzlichen Urteil, gegen das Hortefeux sofort in Berufung ging, muss er 750 Euro Geldstrafe an den Staat sowie 2.000 Euro Schadensersatz an die klagende Antirassismusvereinigung MRAP zahlen. Ferner muss er die Gerichtskosten (in Höhe von 3.588 Euro) tragen und das Urteil auf eigene Kosten in einer Zeitung, deren Auswahl den Klägern obliegt, abdrucken lassen. Les Indivisibles aber waren großzügig. Sie kündigten am Montag früh, den erst vor wenigen Tagen an Hortefeux gestifteten „Viel-Gutt-Preis" im Internet zu versteigern, um dem Minister „zu helfen, die Geldstrafe zu finanzieren".

„Einen braucht es immer"

Verurteilt worden war Hortefeux wegen einer Äußerung, die einmal mehr belegt, in welchem Ausmaß er von Herkunft und Abstammung geradezu besessen ist. Derselbe Ausspruch trug ihm auch den Y'a bon-Preis ein. Am 5. September 2009 nahm der Innenminister an der „Sommeruniversität" der Regierungspartei UMP, die auf einem Strandgelände in Seignosse in einer Region südlich von Bordeaux stattfand, teil. Dort wurde ihm ein junger Mann vorgestellt, der sich mit ihm fotografieren lassen wollte. Es handelte sich um ein junges Parteimitglied aus dem südwestfranzösischen Dax, den etwa zwanzigjährigen Amine Benalia-Brouch, der einen kabylischen, also berberischen Vater und eine portugiesische Mutter hat. Parteikollegen, die den jungen Franzosen fälschlich für einen Araber hielten, stellten ihn dem Minister mit Sprüchen wie folgenden vor: „Er ist unser kleiner Araber", „Das ist Integration!". Ergänzt um die Information „Er spricht Arabisch" und auch „Er isst Schweinefleisch und trinkt Bier". Unter denen, die so sprachen, befand sich die Bezirksvorsitzende der UMP, Marie Aphatie. (Vgl.1)

Jean-François Copé, der Fraktionsvorsitzende der UMP in der französischen Nationalversammlung, der an der Seite des Innenministers stand, begleitete dies mit den amüsant gemeinten Worten: „Er kommt aus der Auvergne!" Also aus derselben Region, in welcher Brice Hortefeux seinen Parlamentssitz holte, bevor er Minister wurde. Die Antwort des Innenministers lautete: „Das geht ja überhaupt nicht, er entspricht nicht dem Prototyp", weil der junge Mann angeblich „Katholik" sei, Bier trinke und Schwein esse. Und dann fügte er den berühmt gewordenen Satz hinzu: „Einer muss immer dabei sein. Wenn es einer ist, dann geht es. Wenn viele da sind, dann gibt es Probleme." Ein Amateurvideo von dieser Szene wurde fünf Tage später auf der Homepage der liberalen Pariser Abendzeitung Le Monde veröffentlicht und löste einen Sturm der Empörung aus. Innerhalb kurzer Zeit wurde es dort 130.000 mal angeschaut.

Zu seiner Verteidigung behauptete Hortefeux, er habe überhaupt nicht über Nordafrikaner oder Einwandererkinder gesprochen, sondern „über meine Landsleute, die Auvergnats". Der Clou dabei ist freilich, dass weder das junge Parteimitglied – es kommt aus Dax in Südwestfrankreich – noch Brice Hortefeux selbst aus der Auvergne stammen. Hortefeux absolvierte dort einen Teil seiner politischen Karriere, aber er ist im Pariser Millionärsvorort Neuilly-sur-Seine geboren, wie Nicolas Sarkozy. Seine Familie kam zuvor aus dem Elsass.

Seitdem machen französische Polizisten untereinander oft Witze diesbezüglich. Beamte, die in Vierteln mit hohem Anteil an Einwandererjugendlichen Dienst tun, fragen sich bei Dienstschluss etwa gegenseitig: „Na, wie viele Auvergner hast Du heute festgenommen?"

Der junge Mann, den Hortefeux angesprochen hatte – Amine Benalia-Brouche – hat den Minister stets verteidigt und möchte seinerseits keinen Rassismus erkennen. Er kam allerdings nur in den ersten Tagen nach Ausbruch des Skandals zu Wort, und ist inzwischen aus den Medien verschwunden. Er dürfte an seine eventuelle Parteilaufbahn bei der UMP gedacht haben. Ferner dürfte der junge Franzose berberisch-portugesiescher Abstammung, der also selbst keinerlei arabische Ursprünge hat, sich wohl nicht mit der Rolle eines Opfer anti-arabischen Rassismus' identifizieren. Wie er wohl überhaupt sich nicht als Rassismusopfer, sondern eher als jungen Mann mit Karrierehoffnungen identifizieren möchte.

Spezialist für denkwürdige Aussprüche

Brice Hortefeux hatte schon zuvor durch merkwürdige Aussprüche auf sich aufmerksam gemacht, bei denen er sich im Nachhinein darauf hinausredete, er habe doch nur von seiner geliebten Auvergne gesprochen. Als Hortefeux im Januar 2009

→

kannter und vorbestrafter Neonazi-Kader. Die von ihm aufgebaute Kameradschaft „Hildesheimer Widerstand" trug maßgeblich die Mobilisierung für den diesjährigen Aufmarsch.

Mehrere Tausend Hildesheimer Bürger haben am Sonnabend friedlich gegen den Aufmarsch der Neonazis in ihrer Stadt protestiert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der die Aktion organisiert hatte, sprach von bis zu 3.500 Demonstranten. Die örtliche DGB-Vorsitzende, Regina Stolte, bewertete die Proteste als deutliches Zeichen dafür, dass Rechtsextreme in der Stadt nicht willkommen seien. Bei der Kundgebung wurde von vielen Menschen gerufen „Wo ist Kurt?". Dies richtete sich an den Oberbürgermeister der Stadt, der keinen Versuch des Verbots gegen den Naziaufmarsch unternommen hatte. Die Position, man solle die Braunen durch Wegsehen und Nichtbeachtung ins Leere laufen lassen, verkennt die Gefahren einer Erstarkung faschistischer Organisationen gerade in dem für zwei Weltkriege verantwortlichen Deutschland, so der NDR in der Berichterstattung zum Naziaufmarsch. Der NDR fragte, warum der Hildesheimer Oberbürgermeister Kurt Machens keinen Versuch des Verbots des Naziaufmarschs unternommen hat.

Am Nachmittag marschierten mehr als 600 Rechtsradikale – vorwiegend aus den neuen Bundesländern, – durch die Hildesheimer Nordstadt. Vor dem Aufmarsch hatten Polizeibeamte 623 Neonazis in einem eigens dafür aufgebauten Zelt auf Waffen und andere gefährliche Gegenstände durchsucht. Die rechten Demonstranten durften bei ihrem Aufmarsch nicht von einer durch die Stadt festgelegten, eng begrenzten und abgesperrten Route abweichen. Vereinzelt wurden aus dem Aufmarsch der Rechten heraus Steine auf die Beamten geworfen. Rund 2.000 Einsatzkräfte aus mehreren Bundesländern waren vor Ort. Nach dem Aufmarsch griffen rund 20 abreisende Rechtsextreme auf einem Bahnsteig in Laatzen eine Gruppe von Linken an, wie ein Polizeisprecher mitteilte. Am Montag protestierten ca. 100 TeilnehmerInnen in der Innenstadt von Hannover gegen den Überfall auf dem Bahnhof in Laatzen.

Quelle: www.buendnis-gegen-rechts-hildesheim - http://npd-blog.info/ ■

– für kurze Zeit – Arbeits- und Sozialminister wurde, stellte er seine Mitarbeiter der versammelten Presse vor. Die Staatssekretärin für die Vorstädte, Fadela Amara, präsentierte er mit den Worten: „Sie ist meine Landsmännin. Da sich das nicht von selbst versteht, präzisiere ich es.“ Viele verstanden das so, er habe ihre französische Nationalität infrage gestellt. Hortefeux behauptete hingegen, er habe auf ihre gemeinsame Herkunft aus der Auvergne – Amara wurde in Clermont-Ferrand geboren – angespielt. Fadela Amara, die als hemmungslose Opportunistin gilt, verteidigt den Minister allerdings bis heute.

Die schwarze Staatssekretärin für Sport, Rama Yade, Tochter eines senegalesischen Diplomaten, wiederum begleitete Hortefeux und andere Regierungsmitglieder auf einer Afrikareise. Die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro' war es, die daraufhin mit den Worten zitiert, die er Rama Yade zugesteckt hatte: „Du reist mit uns hin. Aber es könnte sein, dass du nicht mit uns zurückkommst.“ Einen Journalisten der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' mit Migrationshintergrund, Mustapha Kessous, der ihn interviewen sollte, empfing Hortefeux mit den Worten: „Ihre Papiere!“ Aus Spaß, wie er versicherte.

Im Herbst 2007 hatte Hortefeux selbst eine tief blicken lassende Anekdote erzählt, die durch die Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné' wiedergegeben wurde: Auf einem Parkplatz im Hochsommer hatte er fünf Schwarze, die den Minister erkannt hatten, befragt: „Wo kommen Sie her?“ Letztere hatten ihm geantwortet: „Aus Caen (in der Normandie).“ Hortefeux – so hat er selbst es anlässlich einer politischen Tagung hinausposaunt – ließ daraufhin jedoch nicht locker, sondern insistierte, sich mit dieser Herkunft aus einer französischen Stadt nicht begnügend: „Aber woher kommen Sie EIGENTLICH her?“ Die Schwarzen verstanden ihn jedoch leider nicht ... Daraufhin schloss Hortefeux, einige Wochen später, seine Darstellung: „An dem Tag hatte ich begriffen, dass eine immense Aufgabe vor mir liegt.“ In der Tat, in der Tat!

Überraschend couragierte Justiz

Bei alledem will Hortefeux keine Spur von Rassismus erkennen. Das Pariser Gericht, das eingeschaltet wurde, hat es freilich anders gesehen. Anlässlich der Verhandlung, die am 16. April 10 stattgefunden hatte, forderte – neben den Zivilklägern – auch die Staatsanwaltschaft eine Verurteilung, ihr Vertreter unterstrich den rassistischen Charakter der fraglichen Sprüche deutlich. Dies verwunderte manchen Zuhörer, denn die Staatsanwälte sind in Frankreich an Weisungen aus dem Justizministerium gebunden, anders als die Richter. Allerdings betreffen diese Weisungen theoretisch keine Einzelfälle, sondern nur allgemeine Richtlinien der Justizpolitik. Vielleicht wollte das Justizministerium in diesem Falle tatsächlich den Anspruch, die Vierte Gewalt sei unabhängig – der oft nur sehr theoretisch wahr ist – aufrecht erhalten. Ferner herrscht eine starke Rivalität zwischen Justizministerin Michèle Aliot-Marie und ihrem Kollegen im Innenministerium.

Brice Hortefeux, der lange Zeit Berater Nicolas Sarkozys gewesen war, begann seine Ministerkarriere im Mai 2007 als erster Amtsinhaber des damals neu geschaffenen „Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität“. Sein Nachfolger dort ist heute Eric Besson. Nach anderthalb Jahren auf diesem Posten wechselte Hortefeux für wenige Monate ins Sozial-, später ins Innenministerium.

Die parlamentarische Opposition stellt nunmehr die Frage, ob er in diesem Amt noch tragbar sei, nachdem er – in erster Instanz – verurteilt wurde. Der Sprecher der französischen Sozialdemokratie, Benoît Hamon, forderte noch am Nachmittag des 4. Juni, nach dem Urteil, seinen Rücktritt. Am Montagabend (7. Juni) wollten die französischen Jungsozialisten vor dem Innenministerium, aber auch vor mehreren Rathäusern und Präfekturen für diese Forderung demonstrieren. Unmittelbar neben dem Innenministerium erhielten sie dafür jedoch keine Genehmigung Der wegen Korruption verfolgte sozialdemokratische Abgeordnete Julien Dray (und Ex-Vorsitzende von SOS Racisme) widersprach ihr jedoch am Sonntag, den 6. Juni: Hortefeux sei „ein Republikaner“ und „kein Rassist“. Das Regierungslager dürfte Dray jedoch in der Hand haben, da er aufgrund der massiv auf ihm lastenden Korruptionsvorwürfe erpressbar ist. Das konservativ-wirtschaftsliberale Regierungslager steht bislang weitgehend geschlossen hinter Hortefeux.

Profilierung durch Elektroschocker

Dennoch muss Letzterer sich Sorgen machen. Denn Präsident Sarkozy, der selbst zwischen 2002 und 2007 die Mehrzahl der Zeit hindurch Innenminister war, will keinen Schatten auf seine eigene – aus seiner Sicht nicht nachzuahmende oder gar zu übertreffende – Bilanz in diesem Amt kommen lassen. „Ich habe den Beruf (des Innenministers) für lange Zeit getötet“, rief Sarkozy am 31. März in diesem Sinne aus: Nach ihm könne es keinen auch nur halb so guten Inhaber des Amtes geben. Hortefeux' Bilanz sieht tatsächlich, oberflächlich betrachtet, nicht ganz so gut aus: Die Aufklärungsquote von Verbrechen scheint rückläufig, die Zahl der Straftaten nimmt zu.

Aber die Kontraste in der Bilanz zu jener der Ära Sarkozy ist leicht erklärbar: Nicolas Sarkozy hatte damals die Polizeigewerkschaften fest in der Tasche und konnte die Statistiken beliebig frisieren. Und von den 13.500 Polizisten, die Sarkozy unmittelbar nach seinem Amtsantritt 2002 hatte zusätzlich einstellen lassen, sind drei Viertel der Stellen inzwischen wieder abgebaut: Sparzwang verpflichtet.

Hortefeux nutzt jedoch jede Gelegenheit, um sich wieder hochzurappeln. Am 20. Mai kam es zu einem tragischen Zwischenfall: In einem Vorort südöstlich von Paris, Villiers-sur-Marne, hielt die örtliche Kommunalpolizei einen Kleinlastwagen bei einer Routinekontrolle auf. Anstatt ihr Fahrzeug durchsuchen zu lassen, eröffneten die Insassen jedoch das Feuer aus mehreren Kalaschnikows und ergriffen die Flucht: Sie waren zu einem Großeinbruch unterwegs, und eine Kontrolle kam ihnen, gelinde ausgedrückt, ungelegen. Die 26jährige Kommunalpolizistin und junge Mutter Aurélie Fouquet starb an ihren Schussverletzungen. Mehrere Mitglieder der Bande wurden Tage darauf jedoch gefasst.

Hortefeux, der neben Sarkozy persönlich an ihrer Beerdigung teilnahm, nutzte die Zeit für martialische Sprüche. Eine seiner ersten Entscheidungen daraufhin war, künftig die „Tazer“ genannten Elektroschockpistolen – ein gewisser Jean-Marie Le Pen ist unter den Aktionären der Herstellerfirma – für Kommunalpolizisten wieder zuzulassen. Sie waren vor etwa einem Jahr aus dem Verkehr gezogen worden. Zuvor hatte sich eine Polemik um ihren Einsatz entsponnen hatte – in Nordamerika starben 150 Personen durch den Einsatz solcher Geräte –, und der Oberste Gerichtshof hatte schließlich das Dekret, das ihren Einsatz erlaubte, annulliert. Er monierte, es fehle den Angehörigen von Kommunalpolizeien an der nötigen Ausbildung, um mit den Geräten verantwortlich umgehen zu können und mit ihren Gefahren vertraut zu sein. Die nationale Polizei behielt die Apparate jedoch.

Nunmehr ergriff Hortefeux ein Dekret, um die kommunalen Polizeiorgane erneut mit den umstrittenen Elektroschockern auszustatten. Dafür nutzt er die Gunst der Stunde, so lange die Emotion über den Tod der jungen Polizisten anhält. Kritiker monieren jedoch, in ihrem Falle hätte es überhaupt nichts geändert, hätten die Polizisten über Elektroschocker verfügt: Gegen eine Gang mit Kalaschnikows lässt sich mit einem Tazer schlichtweg nichts ausrichten.

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Die Video-Aufnahme von der Szene, welche in zwei Versionen existiert (die eines Amateurfilmers und jene, die erst nach Ausbruch des Skandals zum Vorschein kam, des Fernsehsenders ‚Public Sénat'), ist inzwischen an unzähligen Stellen im Internet aufzurufen und wurde insgesamt mehrere Hunderttausend mal betrachtet. Vgl. etwa hier http://www.youtube.com/watch?v=FoQ955F727c sowie http://www.youtube.com/watch?v=B4XPV5J_bRI . – Eine (ungefähre, doch ziemlich nahe kommende) schriftliche Transkription der Gesprächsfetzen findet sich an diéser Stelle: http://abonnes.lemonde.fr:80/cgi-bin/ACHATS/ARCHIVES/archives.cgi?ID=6ce6407d9ad0d4b15c610db393f6b413033421b751dac5a0

Karawane Festival 2010 in Jena

Eine traditionelle westafrikanische Maskenzeremonie stand im Mittelpunkt eines gelungenen antirassistischen Festivals am letzten Wochenende in Jena. „The mask is a warrior“ war in der Mobilisierung angekündigt worden und der Maskentanz gegen das tödliche EU-Grenz- und Abschieberegime präsentierte sich sowohl visuell wie akustisch sehr kämpferisch. „Vereint gegen koloniales Unrecht in Erinnerung an die Toten der Festung Europa“ lautete das





Motto des dreitägigen Festivals, das monatelang von „The Voice Afrika Forum“, zahlreichen Karawane- und anderen antirassistischen Gruppen organisiert worden war.

Auf vier öffentlichen Plätzen in der Jenaer Innenstadt wurde ein vielfältiges politisch-kulturelles Programm geboten: zu den Hintergründen von Flucht und Migration, gegen Abschiebungen und die europäische Grenzschutzagentur Frontex, gegen soziale Ausgrenzung und rassistische Polizeigewalt. Dazu kamen thematisch passende Filmvorführungen, Ausstellungen (Clandestien von Said, Oury Jalloh, Residenzpflicht) sowie ein Kinderfest.

Insbesondere die Open-Air-Abendveranstaltungen mit Musik, Filmen und Feuershow hatten – bei bestem Sommerwetter – guten Zulauf und brachten viele neue Menschen aus Jena mit den Zielen und Forderungen der Karawane in Kontakt. Sowohl der Gedenkmarsch am Freitag als auch die Maskenparade am Samstag hätten jeweils mit 400 bzw. 600 Beteiligten, darunter vielen Flüchtlingen, sicherlich eine größere Resonanz verdient gehabt. Die bundesweite Mobilisierung entsprach somit nicht ganz den Erwartungen, doch hat das der durchweg guten Stimmung keinen Abbruch getan. Vielmehr verliefen die beiden Demonstrationen in beeindruckender würdiger wie kämpferischer Atmosphäre. In einigen gut besuchten Workshops wurde über Perspektiven diskutiert, sei es zur Koordination des Widerstands gegen die Lager oder über transnationale Vernetzungsprojekte. Vorgeschlagen wurde für 2011 zudem ein internationales Tribunal zur Situation von Flüchtlingen in Deutschland. Das Festival in Jena 2010 dürfte dafür eine gute Basis gelegt haben.

Fotos unter: http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/040610karawanefestival.html ■

Friedenspreisträger fordern Bleiberecht für Roma

Deutschland soll den Roma aus dem Kosovo nach Ansicht von Menschenrechtlern ein großzügiges Aufenthaltsrecht gewähren. In einer am Donnerstag verbreiteten „Göttinger Erklärung“ fordern Träger des Göttinger Friedenspreises ein dauerhaftes Bleiberecht für die rund 10.500 langjährig in Deutschland geduldeten Roma-Flüchtlinge und ihre hier geborenen und aufgewachsenen Kinder. Der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch, wollte den Appell am Nachmittag der Innenministerkonferenz in Hamburg übergeben.

Die Lage der Roma im Kosovo sei erschreckend, eine Rückkehr in Sicherheit und Würde nicht möglich, heißt es in der «Göttinger Erklärung». Deutschland stehe gegenüber der Roma-Minderheit aus dem Kosovo in doppelter Pflicht. Zum einen seien Hunderttausende Sinti und Roma Opfer des Holocausts geworden. Zum anderen hätten auch deutsche Nato-Truppen nach dem Sieg über Serbien im Sommer 1999 die Vertreibung der Roma durch albanische Extremisten hingenommen. «Diese Flüchtlinge sind uns jetzt anvertraut. Wir dürfen sie nicht aus dem Land jagen.»

Der Göttinger Friedenspreis wird seit 1999 jährlich an Initiativen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vergeben. Bei der Preisverleihung 2010 an Pro Asyl wurde eine gemeinsame Stellungnahme ehemaliger Preisträger zur aktuellen Lage der Roma in Deutschland angeregt. Die 2003 mit dem Friedenspreis ausgezeichnete Gesellschaft für bedrohte Völker hatte daraufhin die «Göttinger Erklärung» vorbereitet.

Quelle: Roma Virtual Network 28.05.10 ■

Innensenator Körting schlägt „Amnestie“ für Illegalisierte vor

Berlin. Rund 30.000 Kinder im schulpflichtigen Alter leben in Deutschland ohne Aufenthaltsstatus. Ein Großteil dieser Kinder geht nicht zur Schule. Verantwortlich sind hierfür die unterschiedlichen Regelungen der Bundesländer, die keine einheitliche Rechtssicherheit gewähren. Eine bundesweite Abschaffung der Übermittlungspflicht für Schulleitungen und Schulbehörden fordert eine Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration im Auftrag der Stiftung Mercator, die am 29. April in Berlin vorgestellt wurde. Diese vergleicht die unterschiedlichen Bedingungen und Rechtspraktiken in den Bundesländern (www.stiftung-mercator.de).

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, Menschen ohne Aufenthaltsstatus mit ei-

ner großzügigen Regelung zu legalisieren. Körting sagte bei der Vorstellung der Studie „Humanität und Staatsräson auf Kollisionskurs: Der Schulzugang von Kindern irregulärer Zuwanderer. Ergebnisse einer Studie für die Stiftung Mercator" er bevorzuge eine „kollektive Amnestie auf Zeit" gegenüber immer weiteren Ausnahmeregelungen, um Menschen ohne Papiere den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. „Das letzte Ziel jeder Debatte um Illegale muss Legalisierung sein", so der Senator. Nach seinem Vorschlag sollten statuslose Migranten ohne größere Voraussetzungen einen Aufenthaltstitel für bis zu zwei Jahre erhalten und sich dann über den Nachweis einer Erwerbstätigkeit bewähren. Auf Nachfrage schränkte Körting dies leicht dahingehend ein, dass keine erhebliche Strafbarkeit gegeben sein dürfe und Kinder die Schule besuchen sollten.

Körting kritisierte auch die derzeit gesetzlich geregelte Strafbarkeit des illegalen Aufenthalts. Diese ergebe keinen Sinn, es handele sich um ein ordnungsrechtliches Problem. Skeptisch äußerte der Senator sich zu Vorschlägen, z. B. das Melderecht und die Arbeitserlaubnis vom legalen Aufenthalt zu entkoppeln. Auf diesem Weg hatten etwa in Spanien in den vergangenen Jahren zahlreiche statuslose Migranten sich integriert und konnten dann von Legalisierungskampagnen profitieren.

Quelle: Jesuitenflüchtlingsdienst-newsletter ■

Bundesweiter Austausch: medizinische Versorgung von Illegalisierten

Leipzig. Vom 4. - 6. Juni 2010 trafen sich rund 100 Vertreterinnen und Vertreter der MediNetze und Medibüros aus ganz Deutschland in Leipzig zum Erfahrungsaustausch.

Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland haben aus rechtlicher Sicht nach Asylbewerberleistungsgesetz Anspruch auf medizinische Behandlung bei akuten oder schmerzhaften Krankheiten. Um dieses Recht geltend machen zu können, müssen sie sich allerdings an das Sozialamt wenden. Das Sozialamt als öffentliche Behörde wiederum ist gesetzlich zu einer Weitergabe der Daten an die Ausländerbehörde verpflichtet (§87 Aufenthaltsgesetz), womit eine Abschiebung droht. Mit dieser Datenübermittlungspflicht hat Deutschland eine der restriktivsten Regelungen für die medizinische Versorgung von Illegalisierten in ganz Europa.

Die berechtigte Angst vor Abschiebung führt dazu, dass Krankheiten nicht oder zu spät erkannt werden und oft nicht adäquat oder sogar gar nicht mehr behandelt werden können. Zu spät therapierte Erkrankungen können zu sehr kostenintensiven Notfallbehandlungen im Krankenhaus führen und schwerwiegende gesundheitliche Folgen für die Patientinnen und Patienten haben. Auch Schwangerschaften werden nicht medizinisch betreut, was zu einem hohen Risiko für das Leben von Mutter und Kind führt.

Deshalb haben sich vor 15 Jahren die ersten MediNetze und Medibüros mit dem Ziel gegründet, anonym und kostenlos medizinische Hilfe an Illegalisierte zu vermitteln. Mittlerweile gibt es über das gesamte Bundesgebiet verteilt über 20 solcher unabhängiger Netzwerke aus Freiwilligen, Ärztinnen und Ärzten und Angehörigen anderer medizinischer Berufe, die sich bemühen, wenigstens eine Minimalversorgung der Betroffenen zu gewährleisten.

Inhalt der kritischen Diskussionen auf dem Bundestreffen waren die Verbesserung des Zugangs zu gesundheitlichen Leistungen für Illegalisierte, die Verbesserung der defizitären Gesundheitsversorgung von hier lebenden, nicht krankenversicherten Neu-EU-Mitgliedern, sowie die Intensivierung einer bundesweiten Vernetzung der Medibüros und MediNetze. Eine Inanspruchnahme der Leistungen des Gesundheitswesens darf nie zur Abschiebung führen.

Seit September 2009 existiert eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz, die die Weitergabe von personenbezogenen Daten an die Ausländerbehörden durch medizinisches Personal, aber auch durch Verwaltung und öffentliche Stellen wie das Sozialamt im Sinne des verlängerten Geheimnisschutzes verbietet. Da diese Vorschrift bisher uneinheitlich berücksichtigt wird, fordern die Medibüros und MediNetze ihre bundesweite Umsetzung. Die Regelversorgung ist dadurch jedoch noch nicht gewährleistet. Deswegen fordern die Medibüros und MediNetze die Abschaffung des §87 Aufenthaltsgesetz auf Bundesebene, sowie die Abschaffung der Einschränkung von Gesundheitsleistungen wie sie das Asylbewerberleistungsgesetz beinhaltet.

Bis zur Umsetzung dieser Forderung setzen sich Medibüros und MediNetze für die Einführung eines Anonymen Krankenscheins auf kommunaler und Länderebene ein, um faktisch das Menschenrecht auf Gesundheit in Deutschland für alle mit und ohne legalen Aufenthaltsstatus zu gewährleisten.

Büro für Medizinische Flüchtlingshilfe Berlin, MediNetz Bremen, Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum, MediNetz Dresden, MediNetz Düsseldorf, MediNetz Erlangen, MediNetz Essen, MediNetz Freiburg, Medizinische Flüchtlingshilfe Göttingen, Medibüro Hamburg, Medizinische Flüchtlingssolidarität Hannover, MediNetz Karlsruhe, MediNetz Leipzig, MediNetz Magdeburg, MediNetz Mainz, MediNetz Münster, MediNetz Rostock, MediNetz Tübingen

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■


Lager Misratah in Libyen

PRO ASYL fordert Ende der EU-Kooperation mit Libyen

Nach dem Rauswurf des UN-Flüchtlingswerkes (UNHCR) aus Libyen fordert PRO ASYL den Stopp aller Zahlungen der EU und das Ende jeglicher Kooperationen im Politikfeld Migration und Flucht mit Libyen. Für die dort unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftierten Flüchtlinge bedarf es eines europäischen Rettungsplans, um ihr Leid zu beenden. „Keinen Euro mehr für die Flüchtlingsabwehr in Libyen und eine konzertierte EU-Initiative, um den inhaftierten Transitflüchtlingen eine sichere Zuflucht in Europa zu gewähren", fordert Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL, angesichts der dramatischen Zuspitzung in Libyen.

Nachdem der UNHCR, der nie einen rechtlichen Status in Libyen besaß, seine Arbeit einstellen muss, wird es künftig nicht einmal mehr Zeugen geben, die die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Schutzsuchenden dokumentieren können. Dabei gehört die Zusammenarbeit mit dem Gaddafi-Regime zu den blutigsten Kapiteln der EU-Flüchtlingspolitik.

Seit Jahren hofieren die EU und ihre Mitgliedstaaten Muammar al-Gaddafi, um den Fluchtweg nach Europa zu sperren. Die EU-Institutionen schauen weg, wenn Italien tausendfach Völker – und EU-Recht verletzt und Bootsflüchtlinge gewaltsam in die libyschen Haftlager zurück verfrachtet. Die Europaparlamentarier, die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten wissen, dass in Libyen Schutzsuchende inhaftiert, misshandelt und gefoltert, Flüchtlingsfrauen vergewaltigt werden. Dennoch wird bis heute an der Kollaboration mit diesem Regime festgehalten. In zahlreichen EU-Dokumenten hat die Kooperation mit Libyen Top-Priorität. Die EU und ihre Mitgliedstaaten statten das Regime mit Waffen, Schiffen, Fahrzeugen, Leichensäcken, Geldern für Abschiebungsflüge und Haftanstalten aus und blenden die Menschenrechtsverletzungen, die auch im Namen Europas geschehen, aus.

Der UNHCR-Rauswurf muss Konsequenzen haben. Das Europaparlament und die neu gewählte EU-Kommission müssen die Kumpanei mit dem libyschen Regime beenden.

Quelle: Presseerklärung proasyl 9. Juni 2010 ■

Einen Monat lang waren die Sans papiers unterwegs gewesen. Am vergangenen Mittwoch früh kehrten sie in die Hauptstadt zurück. Am Rande des französisch-afrikanischen Gipfels am 31. Mai und 1. Juni konnten sie ihr Anliegen vortragen, und die Weltöffentlichkeit erreichen

Frankreich, Kämpfe der „illegalisierten" Einwanderer:

Sans papiers marschieren zu Fuß von Paris nach Nizza

Paris am vergangenen Mittwoch (2. Juni), am Stadtbahnhof Gare d'Austerlitz, um circa 7.30 Uhr: Ankunft der Männer – und auch einzelne Frauen – in den gelben Neonjacken, mit dem stilisierten Fußsymbol und der Aufschrift „Paris/Nizza zu Fuß: für die Sans Papiers". Auf den Bahnsteigen wartet schon eine Menge von UnterstützerInnen. Im Anschluss zieht ein Demonstrationszug den Vormittag durch quer durch Paris, am Lyoner Bahnhof, der Place de la République, am Ost- und dem Nordbahnhof entlang. Boulevard de Magenta, Boulevard Barbès. Die Menge nimmt zu; 500 bis 1000 Leute, Einwanderer und Unterstützer/innen, ziehen die breiten Straßen hindurch. Am Rande stehen Leute und schauen zu, einige winken. Auf der Höhe der Métro-Station Barbès-Rochechouart sind einige Arbeiter – meist selbst migrantischer Herkunft – auf dem Trottoir mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigt. Sie schauen herüber; einer grüßt: „Cousins!"

Schlussendlich kommt die Menge gegen 11 Uhr im „Ministerium für die Legalisierung aller Einwanderer" an, dem Gebäude im 18. Pariser Bezirk (Rue de Baudelique), das der Sozialversicherungskasse gehört und seit Juli 2009 durch rund eintausend Sans papiers oder illegalisierte Einwanderer besetzt ist. Daran sind vorwiegend Westafrikaner (aus Senegal, Mali, Côte d'Ivoire) beteiligt, aber auch Tunesierinnen, einige Pakistaner, und inzwischen hat sich ein Kollektiv von rund 100 Türken/Kurden angeschlossen.

Trommelwirbel, riesige Transparente werden ausgerollt, Begrüßungsszenen. Anschließend Kundgebung: Delegierte der Sans papiers, Marschteilnehmer und eine sehr energische (tunesische) Teilnehmerin – Samia – reden. Einer verliest das Kommuniqué, das am Vortag in Nizza verfasst worden war.

Seit dem 12. Oktober 2009 befinden sich rund 6.000 travailleurs sans papiers (oder „undokumentierte Arbeiter") ununterbrochen im Streik, um ihre „Legalisierung" zu erreichen, prallen aber vielerorts an einer eisenharten Haltung der Regierung und der Behörden ab. Hinter den Kulissen ist die Streikbeteiligung jedoch erheblich abgebröckelt, da das Ausbleiben von Ergebnissen viele entmutigt und da die Leute von etwas leben müssen. Der sehr spektakuläre Fußmarsch hat dem Kampf der Migranten für ihre rechtliche Anerkennung – und die daraus erwachsenden gesellschaftlichen Rechte, denn nur wer über einen Aufenthaltstitel verfügt, hat ein Recht auf Bezüge der Arbeitslosenversicherung oder volle Absicherung durch die Krankenkasse – jedoch neuen Schwung verschafft. Ebenso übrigens wie die seit etwa einer Woche dauernde, hin und wieder durch polizeiliche Räumung unterbrochene, Besetzung des Vorplatzes der Bastille-Oper durch Streikposten der ‚travailleurs sans papiers' (zusammen mit Gewerkschaften und namentlich der örtlichen CGT).

Der Fußmarsch Paris – Nizza, vom 1. bis 31. Mai

Etwa 80 von ihnen, zusammen mit um die fünfzehn Personen aus der Unterstützerszene, marschierten seit gut einem Monat zu Fuß quer durch Frankreich, um von Paris aus Nizza zu erreichen. Unter ihnen elf, die an der Besetzung im achtzehnten Pariser Bezirk teilnehmen. Beteiligt an dem Marsch sind vorwiegend „Schwarzafrikaner", aber auch Tunesierinnen und Türken. Los ging es am Abend des 1. Mai, nach der Pariser Ersten-Mai-Demonstration, an der die Sans papiers massiv teilgenommen hatten, mit einer ersten Station in der Pariser Vorstadt Ivry-sur-Seine. Diese ist zwar parteikommunistisch regiert, doch es gab leichte Spannungen mit der Rathausregierung, bzw. zwischen dieser und den Linkskräften (einschließlich des Stadtverbands der KP selbst), welche die Sans papiers willkommen hießen und aktiv unterstützten. Letztlich ging aber alles gut über die Bühne; wie fast überall anderswo auch.

Überall, wo sie durchkamen – sie legten 35 bis 40 Kilometer pro Tag zurück, zum größeren Teil zu Fuß und zu einem Drittel mit dem Zug –, wurden Unterstützungsveranstaltungen und Demonstrationen durchgeführt. Die französische Linke, Solidaritätsinitiativen und zum Teil Gewerkschaften organisierten sich dafür vor Ort. Zahlreiche Rathäuser – sozialdemokratische, kommunistische, von kleineren Linksparteien regierte, aber in zwei Fällen auch sogar Kommunalregierungen der bürgerlichen französischen Regierungspartei (UMP) – stellten ihnen Turnhallen zum Übernachten, kostenloses Frühstück oder Abendessen zur Verfügung. Auch wenn andere Rathäuser, viele konservativ und einige sozialdemokratisch geführte, ihrerseits jedwede Unterstützung verweigerten: Insgesamt „wurden wir durch die Franzosen gehätschelt", berichtet ein Redner von der ‚Coordination nationale des sans papiers' am vergangenen Mittwoch auf der Kundgebung. „Die Lokalpresse hat ihren Job verrichtet, und überall anständig über uns und unser Anliegen berichtet". Zahlreiche Radioberichte ergänzen die Information der Öffentlichkeit über den Marsch.



Nach Paris kehrten die Sans papiers im Zug zurück, dank der Unterstützung durch Eisenbahnergewerkschaften (SUD Rail), um Ärger mit Kontrolleuren zu vermeiden.

Nizza: Innenstadtverbot und politischer Erfolg

Am vergangenen Montag, 31. Mai, hatten die Marschierenden pünktlich zum Auftakt des (dort am 31. Mai und 1. Juni stattfindenden), „Frankreich-Afrika-Gipfels" von über 40 Staats- und Regierungschefs Nizza erreicht. Bei ihrer Ankunft dort durften die Sans papiers jedoch nicht zu Fuß in die Stadt, sondern wurden in einen Bus gesetzt und mussten im Anschluss in einem relativ entlegenen Außenquartier demonstrieren. Doch über ihre Ankunft und ihre Demo berichtete der einflussrei-

che Rundfunksender ‚Radio France Inter' live. „Wir durften nicht zu Fuß in die Stadt, sondern wurden durch Busse der CRS (kasernierten Bereitschaftspolizei) eskortiert, aber politisch hatten wir gewonnen", meint einer der Redner am vorigen Vormittag. Die Protestmarschierer wollten die versammelten Staatschefs auf ihre Lage aufmerksam machen. Und sie möchten erreichen, dass die konsularischen Vertretungen der afrikanischen Staaten keine „diplomatischen Passierscheine" mehr ausstellen, die es den Behörden Frankreichs erlauben, auch Personen ohne gültige Reisedokumente – mangels vorhandener Ausweispapiere – dennoch abzuschieben. Die Konsulate der meisten afrikanischen Länder verhalten sich dabei sehr gefügig gegenüber französischen Forderungen. Im Gegensatz etwa zu jenen mehrerer Staaten Lateinamerikas, seitdem deren Linksregierungen – allen voran jene Ecuadors unter Rafael Correa, anlässlich eines Abschiebeskandals um zwei seiner Staatsbürgerinnen in Belgien – im Jahr 2008 erklärten, dass sie bei Abschiebungen unerwünschter Immigranten aus Europa grundsätzlich nicht länger kooperieren.

Geklaute Sozialbeiträge zurück?!

Die meisten afrikanischen Potentanten reagierten zwar nicht auf die Forderungen der Protestmarschierer. Die Regierung des westafrikanischen Mali zeigten sich hingegen bereit, die protestierenden Sans papiers – unter ihnen einige ihrer Landsleute – zu empfangen. Malis Präsident „ATT" (Amadou Toumani Touré) hatte zwei Unterredungen mit dem malischen Staatsbürger Boubacar Diallo, der früher als Journalist in Bamako und Kayes tätig gewesen war.

Mali, das zudem eines der wenigen positiven Beispiele im französisch kontrollierten (d.h. neo-kolonisierten) Teil des Kontinents für eine gelungene Demokratisierung „von unten" ist, seitdem die Bevölkerung im Frühjahr 1991 den Diktator Moussa Traoré verjagte, hat in den letzten Jahren immer wieder französischem Druck zur „Rücknahme" unerwünschter Einwanderer widerstanden. Ein halbes Dutzend Mal wurde in den letzten Jahren die Unterzeichnung eines „Rücknahmeabkommens" von französischer Seite angesetzt – und durch Mali verweigert. Vor Ort bestehen mehrere zivilgesellschaftliche Initiativen, die zum Thema arbeiten, wie beispielsweise die AME („Assoziation abgeschobener Malier"), die sich um zwangsrückgeführte Migranten kümmern und die Behörden erheblich unter Druck setzen.

Die Behörden Malis haben sich ferner einem Anliegen angeschlossen, für das seit nunmehr anderthalb Jahren in Frankreich eine Kampagne von NGOs und Solidaritätsvereinigungen läuft: Jene Sozialbeiträge von Landsleuten, die als (zum Teil auch „illegalisierte") Einwanderer in Frankreich arbeiteten, dort aber nicht blieben sondern das Land – freiwillig oder unfreiwillig – wieder verließen, zurückzuholen. Bisher „klaut" Frankreich die Sozial-, Krankenkassen- und Rentenbeiträge jener Abgeschobenen oder Ausgereisten, die nicht auf seinem Boden bleiben und für die solcherlei Beiträge definitiv – ohne Gegenleistung – „verloren" sind. Was Mali nun in Verhandlungen mit den französischen Regierungsstellen erreichen konnte, war, dass die Behörden des westafrikanischen Landes jedenfalls im Falle einer freiwilligen Ausreise (also nicht per Abschiebung erzwungenen Ausreise) zumindest die „umsonst" geleisteten Beiträge der Betreffenden einsammeln können:

Am Nachmittag des 31. Mai erklärte auch einer der neokolonialen Vassallen Frankreichs, der Präsident der Erdölrepublik Congo-Brazzaville: Denis Sassou-Ngessou, er habe „ein offenes Ohr" für die Anliegen der Sans papiers. Aus dem Munde des ultrakorrupten kongolesischen Potentanten, der das Geld seines Landes stiehlt und auf insgesamt 113 Bankkonten in Frankreich parkt, ist dies zwar reine Demagogie. Es belegt aber, dass die Aktion der „Illegalisierten" breite Aufmerksamkeit erwecken konnte

Anlässlich der Pressekonferenz zum Abschluss des neokolonial geprägten „Frankreich-Afrika-Gipfels", am Dienstag den 1. Juni, konnte einer der Vertreter der ‚Coordination nationale des Sans papiers' der einen Button hatte erhalten können – ebenfalls teilnehmen. „In vier Metern Entfernung von Nicolas Sarkozy", wie er heute Vormittag in der rue Baudelique präzisierte. Neben dem französischen Präsidenten nahmen der südafrikanische Staatschef Jacob Zuma, der Präsident des französischsprachigen Kamerun – Paul Biya – sowie der soeben bei einer umstrittenen Wahl wiedergewählte Premierminister des Wachstumslands Äthiopien (10 % Wirtschaftswachstum jährlich), Meles Zenawi und das Staatsoberhaupt von Malawi – Bingu wa Mutharika, derzeit auch Vorsitzender der Afrikanischen Union – an der Pressekonferenz teil. Rund 200 Journalisten waren gekommen. Drei von ihnen stellten auch kritische Fragen, darunter nach den Sans papiers und ihrem Marsch, auf die Sarkozy ausweichend antwortete („Wir haben das Thema Migration unter einem anderen Aspekt angesprochen", bezüglich der qualifizierten bzw. ein Unternehmen gründenden Migranten, „nicht alle in Frankreich lebenden Afrikaner sind Sans papiers"). Aber das Thema war unter den Augen der Weltpresse angeschnitten worden.

Am vorigen Samstag (5. Juni) veranstalteten die Sans papiers am Nachmittag einen Protestzug durch Paris, an dem zunächst rund 1.000 Personen teilnahmen. Um circa 15 Uhr vereinigte ihre Demonstration sich mit dem Protestmarsch (mit rund 6.000 bis 8.000 Teilnehmer/innen), der an diesem Nachmittag gegen den israelischen Militärangriff auf den humanitär-politischen Schiffskonvoi im Mittelmeer stattfand. Die Sans papiers hatten aus diesem Anlass eine Solidaritätsadresse an die palästinensische Bevölkerung – „wir ohne Papiere hier, Ihr wie Sans papiers im eigenen Land" – und ein Transparent zum selben Thema verfasst.

Bernhard Schmid, Paris ■

„Zusammenhalten – Zukunft gewinnen"

Zusammenhalten – Zukunft gewinnen" unter diesem Motto steht die diesjährige Interkulturelle Woche / Woche des ausländischen Mitbürgers, zu der die Kirchen bundesweit vom 26. September bis 2. Oktober aufrufen. Die Kirchen rufen dazu auf, mit zahlreichen kreativen Veranstaltungen und Aktionen sowie mit Gebetstreffen und Gottesdiensten zum Gelingen der „Woche" beizutragen und politische Forderungen in die Diskussion einzubringen. So stießen etwa Migrantinnen und Migranten innerhalb der deutschen Gesellschaft auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Abwehr. Der Zugang zum Arbeitsmarkt, gleiche Bildungschancen oder umfassende gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten dürften nicht nur mit Worten gefordert werden. Die Anstrengungen müssten verstärkt werden, damit diese Ziele für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, erreicht werden können.



Einen besonderen Schwerpunkt legen die leitenden Geistlichen auf die Situation von Asylsuchenden und Geduldeten. Eine „grundsätzliche Lösung" für das Problem der sogenannten Kettenduldungen müsse gefunden werden, vor allem für hier aufgewachsene Kinder und Jugendliche. „Auch humanitäre Aspekte müssen berücksichtigt werden". Alte, kranke oder traumatisierte Menschen könnten die strengen Bedingungen für einen dauerhaften Aufenthalt nicht erfüllen.

Ferner begrüßen die Kirchen, dass die Bundesregierung das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz überprüfen will. „Menschen, die sich nicht nur vorübergehend während eines kurzen Asylverfahrens in Deutschland aufhalten, dürfen nicht über Jahre hinweg von sozialer Teilhabe ausgeschlossen und auf die bloße Existenzsicherung verwiesen werden." Es sei auch im Interesse der deutschen Gesellschaft, ihnen die Integration nicht unnötig zu erschweren, so Zollitsch, Schneider und Augoustinos weiter.

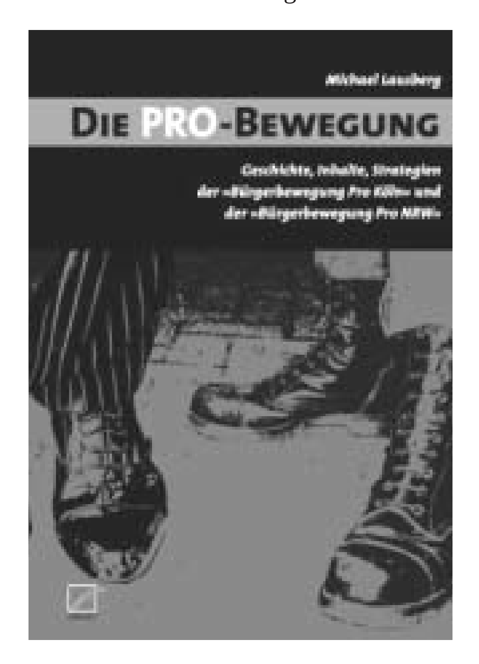
Eröffnet wird die Interkulturelle Woche/Woche des ausländischen Mitbürgers 2010 am 24. September in der Erlöserkirche in Essen unter Mitwirkung von Präses Schneider, dem Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck und Metropolit Augoustinos. Der bundesweite Ökumenische Vorbereitungsausschuss rechnet während der „Woche" mit rund 3.500 Veranstaltungen an weit mehr als 300 Orten in ganz Deutschland.

Mehr Infos www.interkulturellewoche.de

Michael Lausberg: Die Pro-Bewegung

Spätestens seit ihren Wahlerfolgen ist eine intensivere Auseinandersetzung mit der Pro-Bewegung notwendig geworden.

Im Gegensatz zu alteingesessenen völkischen Parteien wie NPD, DVU oder „Die Republikaner“ gelang der rechten „Bürgerbewegung Pro Köln“ bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln ein unerwarteter Wahlerfolg von 4,7 % der Stimmen. Bei den Kommunalwahlen 2009 in NRW am 30. August 2009 erreichte „pro Köln“ 5,36 % der Stimmen. Mit einem antiislamistischen Rechtspopulismus feierte die Organisation mit lokalen Kampagnen gegen einen geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld erste kommunalpolitische Erfolge. Mitglieder von „pro Köln“ haben zusammen mit politisch Gleichgesinnten und kommunalen rechten Mandatsträgern die „Bürgerbewegung „pro NRW“ in Leben gerufen.



In dem Buch von Michael Lausberg wird auf die Geschichte, inhaltliche Aussagen und Strukturen der Pro-Bewegung eingegangen. Neben der islamfeindlichen Agitation versucht sie besonders bei den Themenbereichen „Innere Sicherheit“, „Korruption“, Bürgernähe“ und „Abwehr des Multikulturalismus“ zu punkten. Unter dem spießbürgerlichen Gewand einer „Bürgerbewegung“ transportiert die pro-Bewegung rassistische Botschaften und bietet einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche und soziale Probleme.

Das Buch berichtet für Leute, die sich ständig mit der „Pro-Bewegung“ auseinander setzen, im Wesentlichen nichts Neues, ist aber als Nachschlagewerk und Zusammenfassung gut geeignet.

Aus Newsletter 6/2010 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus ibs Köln ■

Michael Lausberg: Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der „Bürgerbewegung Pro Köln“ und der „Bürgerbewegung Pro NRW“, Unrast-Verlag, Münster 2010, 13 Euro, ISBN 978-3-89771-504-2

„Schattenbericht Abschiebehaft“

Das Bündnis gegen Abschiebehaft hat jetzt eine Broschüre mit dem Titel „Schattenbericht Abschiebehaft“ veröffentlicht. Darin dokumentieren die Autoren an Hand von Fallbeispielen, was sie während ihrer mehrjährigen Besuchstätigkeit in der Abschiebehaft Rottenburg erlebt haben. Der Bericht kann aus dem Netz geladen werden: **http://bericht.gegen-abschiebehaft.org**, oder beim Bündnis gegen Abschiebehaft Rottenburg, Neckarhalde 32, 72070 Tübingen gedruckt bestellt werden.

1993 wurden die ersten Abschiebehäftlinge in der Justizvollzugsanstalt Rottenburg am Neckar inhaftiert. Von Anfang an wurden die Institution Abschiebehaft und die spezielle Situation in Rottenburg als besonders unmenschlich kritisiert. Seither erschienen Hunderte von Zeitungsartikeln, Radioberichten und Dokumentarfilmen, die die Bedingungen im Gefängnis Rottenburg zum Thema hatten. Unzählige Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Mahnwachen dokumentieren eine über 15 Jahre anhaltende Empörung. Anfang Oktober 2009 wurde dieses „Gefängnis im Gefängnis“ nun endgültig geschlossen. Allerdings nicht, weil Argumente überzeugen konnten oder der öffentliche Druck Wirkung zeigte, sondern aus Effizienz- und Kostenerwägungen. Die Abschiebehäftlinge wurden nach Mannheim verlegt, wo der Abschiebehaftbetrieb unverändert fortgesetzt wird.

Seit 1993 gibt es auch das „Bündnis gegen Abschiebehaft“ als Organisation der GegnerInnen von Abschiebehaft. ■

Alfred Hausser Preis 2010

Zum dritten Mal hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in diesem Jahr wieder den Alfred-Hausser-Preis ausgeschrieben. Der Preis wird alle zwei Jahre an Gruppen, Initiativen oder Schulklassen vergeben, die sich mit der Geschichte von Verfolgung und Widerstand in der Nazizeit befassen. Zielsetzung ist es, die Erinnerung an die Opfer des Faschismus wachzuhalten. Die Beschäftigung mit dieser Zeit soll gleichzeitig als Mahnung dienen, ähnliche Entwicklungen nie wieder zuzulassen.

Der Preis ist nach dem Widerstandskämpfer Alfred Hausser benannt, der nach seiner Befreiung aus den Kerkern des Naziregimes sein Leben der Aufklärung über die Ursachen des Faschismus und dem Kampf gegen Neofaschismus gewidmet hat. Bis zu seinem Tode im Jahre 2003 war Alfred Hausser Vorsitzender und später Ehrenvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten in Baden-Württemberg.

Bewerbungen oder Vorschläge für Preisträger/innen können noch bis 30. Juni 2010 gemacht werden und sind an die VVN-BdA Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart zu richten. Dort können auch weitere Informationen abgerufen werden.

VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V., www.vvn-bda-bawue.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Deutsche: Stets Forscher, nie Eroberer und Unterdrücker

„Wenn mich sonst niemand lobt, muss ich mich eben selber loben!". Nach diesem Grundsatz scheint die Juniausgabe von „ZUERST!" gestrickt worden zu sein. Ob es an einem verfrühten Sommerloch lag oder die Redaktion auf die Stimmung im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft aufspringen wollte, ist nicht zu klären; das Titelthema lautet jedenfalls „Weltmeister der Herzen – Warum Deutschland das international beliebteste Land ist". Illustriert ist die Anwanzerei an einen vermuteten Massengeschmack passend zum Schwachsinnsthema: Hinter Schloss Neuschwanstein geht über den Bergen (die übrigens südlich des Märchenpalastes liegen) die Sonne in Form eines Mercedessterns auf. Wer bei einem solchen Titelbild auch im Inneren Unsinn vermutet, liegt nicht falsch. Acht lange und recht inhaltslose Seite quälen Chefredakteur GÜNTHER DESCHNER, MANUEL OCHSENREITER und PAUL KRANZ ihre Leser(innen), um zu folgendem Resümee zu gelangen:

„Es hat sich ... herausgestellt, daß – ziemlich punktgleich mit den Japanern – die Deutschen mit Abstand zu den beliebtesten Touristen im Ausland gehören. Ob an der Cote d´Azur oder am Strand von Knokke, ob auf Ibiza oder in San Francisco, in Kroatien oder in Prag: die deutschen Gäste zeigten – neben den Japanern – nicht nur das beste Benehmen vor allen anderen, auch ihr Charme, so hieß es, sei zu rühmen wie ihre Bereitschaft, fremde Sprachen wenigstens ansatzweise zu erlernen und zu sprechen. Doch auch das ist bei weitem nicht so überraschend, wie man zunächst denken könnte. Deutschland hat eine lange Tradition der Aufgeschlossenheit und Neugier gegenüber fremden Kulturen. Alexander von Humboldt erkundete im 19. Jahrhundert die Welt. Seine Forschungsreisen führten ihn nach Lateinamerika, in die USA sowie nach Zentralsien. Wissenschaftliche Feldforschung betrieb er persönlich unter anderem in den Bereichen Physik, Chemie, Geologie, Mineralogie, Vulkanologie, Botanik, Vegetationsgeographie, Zoologie, Klimatologie, Ozeanographie und Astronomie, aber auch zu Fragen der Wirtschaftsgeographie, der Ethnologie und der Demographie. Und bis heute ist der Name Heinrich Schliemanns wohlbekannt in Griechenland. Er entdeckte dort im vorletzten Jahrhundert Troja, in Mykene fand er die goldene Totenmaske des Agamemnon. Wichtig dabei: Deutsche waren stets Forscher, nie Eroberer und Unterdrücker."

Ich weiß, es klingt kleinkrämerhaft, aber Schliemann fand Troja nicht in Griechenland, sondern in der Türkei und ist dort nicht nur als Forscher, sondern auch als Dieb der von ihm ausgegrabenen Schätze bekannt. Die befinden sich heute nämlich weder in der Türkei noch in Griechenland sondern in Deutschland. Aber das nur nebenbei. Neben Humboldt und Schliemann gab es Deutsche im letzten Jahrhundert u.a. in China, wo sie den antikolonialen Widerstand der „Boxer" gemeinsam mit den anderen Kolonialmächten blutig niederschlugen. Und es gab sie im heutigen Namibia, das damals Deutsch-Südwestafrika hieß. Um einen Aufstand der afrikanischen Bevölkerung niederzuschlagen, trieben die deutschen „Schutztruppen" die Menschen in die Wüste, um sie dort verdursten zu lassen. Und an der Cote d´Azur, am Strand von Knokke, in Kroatien und in Prag gibt es immer noch Menschen, die Deutsche in erster Linie als Soldaten kennenlernten, die ihre Länder besetzt hatten und unterdrückten, an vielen Orten schreckliche Massaker an der Zivilbevölkerung begingen. Wenn Deutsche doch stets nur Forscher und nie Eroberer und Unterdrücker gewesen wären.

Während die Deutschland-Lobhudelei bei viel gutem Willen noch als geschichtsvergessen und bei realistischer Betrachtung als Geschichtsverfälschung betrachtet werden kann, sind folgende Zeilen GÜNTHER DESCHNERS aus dem Editorial durchaus bereits Geschichtsrevisionismus: „Während Frau Merkel in Gedanken bei der NRW-Provinzwahl war, und mit dem Herzen schon in Moskau, wo sie sich am 9. Mai als Polit-Groupie für die Parade zum 65. Jahrestag des Sieges von Stalins Sowjetunion über das Deutsche Reich und der Kapitulation der Wehrmacht zur Verfügung stellte, ... Daß sie sich nicht entblödet hat, in Moskau den Sieg jener Armee mitzufeiern, die im April und Mai 1945 über den deutschen Osten herfiel und die Voraussetzung für Stalins Schreckensherrschaft über Teile Deutschlands und ganz Osteuropa schuf – dafür muß man sie noch mehr verachten, als für ihre nun auch erfolglose EU-Politik". Über das Verhältnis des Magazins zur Nazidiktatur sagt das schon eine ganze Menge aus. Doch das ist noch steigerungsfähig:

Ohne weiteren Kommentar veröffentlicht „Zuerst!" folgende Notiz in seiner Rubrik „Historischer Kalender: „Arbeitsdienst als Pflicht. In bewußtem Gegensatz zum Klassendenken des Marxismus strebt die Führung des Dritten Reiches die Schaffung einer klassenfreien `Volksgemeinschaft´ an. Einen wesentlichen Baustein dazu bildete die Einführung des Reichsarbeitsdienstes als sechsmonatige Dienstpflicht für – zunächst – alle männlichen Jugendlichen am 26. Juni 1935. Für junge Frauen wurde der Arbeitsdienst bei Kriegsbeginn 1939 obligat". Ein Kommentar zu solcher Art der Naziapologetik erübrigt sich in der Tat.

Auch beim Menschenbild von „Zuerst" drängen sich Gedanken an die NS-Diktatur und ihre Bezeichnung von Menschen als „Untermenschen" auf. VOLKER HARTMANN äußert sich über die Sendung „Super Nanny", die auf RTL läuft und in der Erziehungsprobleme im Mittelpunkt stehen: „Bisher konzentrieren sich die Einsätze von Katia auf den unteren Rand der Gesellschaft. Auf die Kreise, die in unverantwortlicher Weise Kinder in die Welt setzen, ohne zu wissen, was sie mit ihnen anstellen sollen ... In einem Volk, in dem Selbstverantwortung systematisch abgebaut wird, in der bei jeder sich bietenden Gelegenheit nach dem Staat gerufen wird, ist es nur folgerichtig, daß sich asoziale Eltern zurücklehnen, ihre Kinder verwahrlosen lassen und nach Hilfe von außen rufen, wenn es beinahe schon zu spät ist. Schuld sind immer die Umstände: zu wenig Hartz IV, die hohen Preise für Fertiggerichte oder Drehtabak, die schlechte Betreuung durch Arbeitsagentur oder Jugendamt. Und überhaupt – die kleinen Leute haben es ja immer so schwer. Kann man sich selbst nicht benehmen und bekommt in Schule oder Arbeitsplatz einen Rüffel, geriert man sich gleich als Mobbing-Opfer und ruft wieder nach Hilfe, Therapie, Geld – und Strafe für den vermeintlichen Peiniger."

tri ■